

Rückbau BÜ Siemensstraße 1740 km 30,511

Allgemeine Vorbemerkungen/Baubeschreibung

Inhaltsverzeichnis

0.1	Angaben zur Baustelle.....	8
0.1.1	Lage der Baustelle	8
0.1.2	Besondere Belastungen.....	8
0.1.3	Vorhandene Anlagen.....	8
0.1.3.1	Bahnkörper.....	8
0.1.3.2	Tunnel.....	8
0.1.3.3	Bahnübergänge	9
0.1.3.4	Ingenieurbauwerke	9
0.1.3.5	Schallschutzwände (Lärmschutzanlagen).....	9
0.1.3.6	Oberbau.....	9
0.1.3.7	Hochbauten	9
0.1.3.8	Personenverkehrsanlagen.....	9
0.1.3.9	Straßen und Wege.....	9
0.1.3.10	Tiefbau.....	9
0.1.3.11	Anlagen der Leit- und Sicherungstechnik.....	9
0.1.3.12	Anlagen der Telekommunikation	10
0.1.3.13	Elektrotechnische Anlagen für Bahnstrom.....	10
0.1.3.14	Elektrotechnische Anlagen für Licht- u. Kraftstrom	11
0.1.3.15	Maschinentechnische Anlagen.....	11
0.1.3.16	Kabel und Leitungen Dritter	11
0.1.3.17	Sonstige bauliche Anlagen und bauliche Anlagen Dritter	11
0.1.3.18	Sonstige Anlagen der Ausrüstung	11
0.1.4	Verkehrsverhältnisse	11
0.1.5	Freizuhaltende Flächen	12
0.1.6	Transportwege	12
0.1.7	bleibt frei	12
0.1.8	bleibt frei	12
0.1.9	Baugrund	12
0.1.10	Hydrologie	13
0.1.11	Besondere umweltrechtliche Vorschriften/Hinweise	13
0.1.12	Besondere Vorgaben für die Entsorgung	13
0.1.12.1	Abfall.....	13
0.1.12.2	Abwasser	Fehler! Textmarke nicht definiert.
0.1.13	Schutzgebiete oder Schutzzeiten	14
0.1.14	Schutzmaßnahmen.....	15

0.1.15	bleibt frei	16
0.1.16	bleibt frei	16
0.1.17	Hindernisse	16
0.1.18	Kampfmittel	16
0.1.19	Baustellenverordnung	16
0.1.20	Auflagen Dritter	17
0.1.21	bleibt frei	17
0.1.22	Vorarbeiten des AG	17
0.1.23	Arbeiten anderer Unternehmer	17
0.1.24	Besondere Auflagen	18
0.2	Angaben zur Ausführung	19
0.2.1	Bauablauf	19
0.2.2	Erschwernisse	20
0.2.3	Vorgaben aus dem SiGe-Plan	21
0.2.4	Sicherungsmaßnahmen	21
0.2.5	Kontaminierte Bereiche	21
0.2.6	Besondere Einrichtungen	21
0.2.7	Besondere Anforderungen an Gerüste	22
0.2.8	Mitbenutzung fremder Einrichtungen	22
0.2.9	Vorhaltung für andere Unternehmer	22
0.2.10	bleibt frei	22
0.2.11	bleibt frei	22
0.2.12	bleibt frei	22
0.2.13	Eignungs- und Gütenachweise	22
0.2.14	Umgang mit gewonnenen Stoffen	22
0.2.15	Abfallmanagement von Bau- und Abbruchabfällen	24
0.2.15.1	Allgemeine Pflichten und Leistungen des Auftragnehmers	24
0.2.15.2	Definition Abfallerzeuger und Abfallbesitzer	25
0.2.15.3	Betrieb von Baustelleneinrichtungs- und Bereitstellungsflächen für Abfälle	26
0.2.15.4	Leistungen des AN zur Umsetzung der Gewerbeabfallverordnung	26
0.2.15.5	Systematik der zu vergebenden Entsorgungsleistungen für mineralische Bau- und Abbruchabfälle	27
0.2.15.6	Umgang mit Rückbau- und Abbruchabfällen	28
0.2.15.7	Umgang mit LST- und TK-Reststoffen sowie Schrott	28
0.2.15.8	Haufwerksbildung und Bereitstellung	29
0.2.15.9	Deklarationsanalytik	30
0.2.15.10	Elektronische Nachweisführung über die Entsorgung von Abfällen	31

0.2.15.10.1	Technische Voraussetzungen für das elektronische Abfall-Nachweis-Verfahren	31
0.2.15.10.2	Vorab- und Verbleibskontrolle für gefährliche Abfälle	31
0.2.15.10.3	Vorab- und Verbleibskontrolle für nicht gefährliche Abfälle	32
0.2.15.10.4	Anzeige- u. Dokumentationspflichten gemäß Ersatzbaustoffverordnung	34
0.2.15.11	Abrechnung von Entsorgungsleistungen	34
0.2.15.12	Beförderungserlaubnis / Transportgenehmigungen	34
0.2.16	bleibt frei	35
0.2.17	bleibt frei	35
0.2.18	Leistungen für andere Unternehmer	35
0.2.19	Zusammenwirken mit anderen Unternehmern	35
0.2.20	bleibt frei	35
0.2.21	bleibt frei	36
0.2.22	bleibt frei	36
0.2.23	DB-spezifische Angaben	36
0.2.24	Ergänzende Ausführungsbestimmungen	36
0.3	Einzelangaben bei Abweichungen von den ATV	38
0.4	Einzelangaben zu Nebenleistungen und Besonderen Leistungen	38
0.4.1	Nebenleistungen	38
0.4.2	Besondere Leistungen	38
0.5	Technische Bearbeitung	38
0.5.1	Ausführungsunterlagen	38
0.5.2	Vermessungstechnische Bestandsdokumentation	39
0.5.3	Bauwerksdokumentation	40
0.5.4	Bauzeitenplan	40
0.5.5	Logistikkonzept	41
0.6	Baubeschreibung	41
0.6.1	Grunderwerb (bebaute und unbebaute Grundstücke)	41
0.6.2	Baustelleneinrichtung	41
0.6.3	Rückbau BÜ	42
0.7	Prüfungen und Abnahmen	43

Anlagen zur Baubeschreibung

Kommentiert [SD1]: Ggfs. weitere Anlagen auflisten und
Anlagennummer anpassen

- A02 Leistungsverzeichnis
- A03 03-02-00-VV-1740-BAU-BUE022203-ZLT-001-03.pdf (Übersichtsplan)
- A04 03-02-00-VV-1740-BAU-BUE022203-ZLT-001-04.pdf (Bestandsplan)
- A05 03-02-00-VV-1740-BAU-BUE022203-ZLT-001-05.pdf (Rückbauplan)
- A06 03-02-00-VV-1740-BAU-BUE022203-ZLT-001-06.pdf (Neubauplan)
- A07 03-02-00-VV-1740-BAU-BUE022203-ZLT-001-07.pdf (Leitungsbestandsplan)

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
AG	Auftraggeber
AN	Auftragnehmer
AU	Ausschreibungs-Unterlage
B	Bundesstraße
Basa	Bahnselbstanschlussanlage
Betra	Betriebs- und Bauanweisung
BE	Baustelleneinrichtung
BÜ	Bahnübergang
BzS	„für den Bahnbetrieb zuständige Stelle (BzS)“
bzw.	beziehungsweise
DB AG	Deutsche Bahn Aktiengesellschaft
EA Pfähle	Empfehlungen des Arbeitskreises Pfähle
EBA	Eisenbahn-Bundesamt
EP	Entwurfsplanung
EQT	Endquerträger
ESL	Erdsammelleiter
EÜ	Eisenbahnüberführung
Fa.	Firma
FIA	Fahrgastinformationsanzeige
GfK	Glasfaserverstärkter Kunststoff
ggf.	gegebenenfalls
ggü.	gegenüber
GWG	geringwertige Wirtschaftsgüter
i.d.R.	in der Regel
i.V.m.	in Verbindung mit
lvl	Ingenieurvermessung Lageplan (neu auch Liegenschaftsplan)

KK i.F.	Kabelkanal mit innen liegendem Falz
ldB	links der Bahn
LST	Leit- und Sicherungstechnik
LSW	Lärmschutzwand
OLA	Oberleitungsanlage
OSE	Ortssteuereinrichtung (der Oberleitungsanlage)
Nr.	Nummer
PSS	Planumsschutzschicht
rdB	rechts der Bahn
Ril	Richtlinie der DB AG
SO	Schienenoberkannte
Stw	Stellwerk
SÜ	Straßenüberführung
TE	Tiefenentwässerung
Tk	Telekommunikation
TM	Technische Mitteilung
UiG	Unternehmensinterne Genehmigung
usw.	und so weiter
UVV	Unfallverhütungsvorschriften
WL	Widerlager
WLS	Wegeleitsystem
z. Bsp.	zum Beispiel

0.1 Angaben zur Baustelle

0.1.1 Lage der Baustelle

In der Stadt Neustadt am Rübenberge kreuzt die elektrifizierte, zweigleisige Hauptstrecke 1740 im Bahnkilometer 30,511 höhengleich die Siemensstraße (BÜ Siemensstraße). Die Strecke verläuft in diesem Bereich in aufsteigender Kilometrierungsrichtung von Süd nach Nord. Die Siemensstraße verbindet dabei die westliche Kernstadt mit den Stadtteilen östlich der Bahn sowie mit der Bundesstraße B442 und der B6.

- Strecken-Nr.: 1740
- Streckenbezeichnung: Wunstorf - Bremerhaven
- Streckenabschnitt: Bf Poggenhagen – Bf Neustadt a Rübenberge
- Bundesland: Niedersachsen
- Landkreis: Region Hannover
- Gemeinde: Neustadt am Rübenberge
- Gemarkung: Neustadt am Rübenberge

Die Baustelle der SÜ befindet sich ca. 475 m südlich des BÜ Siemensstraße, von der B 442, Wunstorfer Straße, aus gesehen hinter einer Tankstelle. Der Kreuzungspunkt der künftigen SÜ befindet sich in km 30,043. Der Bahnkörper verläuft dort ebenerdig und ist nicht direkt über eine Straßenanbindung erreichbar.

Der BÜ Siemensstraße liegt geländegleich mit der namensgebenden Siemensstraße, die den Streckenbereich in Ost-West-Richtung quert.

0.1.2 Besondere Belastungen

Entfällt.

Kommentiert [SD2]: Entfällt wahrscheinlich auch für den BÜ? „Besondere Belastungen aus Immissionen sowie besondere klimatische Bedingungen, Windlasten vorbeifahrender Züge und Windlastzonen.“

0.1.3 Vorhandene Anlagen

Die angrenzenden Flächen bestehen im Uhrzeigersinn beginnend mit der nordöstlichen Fläche aus einem Rewe-Markt samt der Siemensstraße zugewandter, asphaltierter Parkfläche (nordöstlich), zwei- bis dreistöckiger Wohnbebauung mit Gärten in Richtung der Bahnanlagen (südöstlich), brachliegender Fläche mit Kleingehölz (südwestlich) und kleinen Gewerbebauten mit einer direkt parallel zu den Bahngleisen verlaufenden Straße („An der Eisenbahn“, nordwestlich).

Die angrenzenden Flächen links der Bahn sind landwirtschaftlich geprägt.

Rechts der Bahn befinden sich eine mittlerweile zurückgebaute Kleingartenanlage, eine Tankstelle und ein Umspannwerk. Entlang der B 442 im betroffenen Bereich befinden sich bebaute, gewerblich und als Wohnbebauung genutzte Grundstücke. Direkt südwestlich angrenzend an den BÜ befindet sich ein kleiner, zweistöckiger Flachdach-Bau (DB Fahrdienstleiter-Gebäude), ca. vier mal sechs Meter.

0.1.3.1 Bahnkörper

Der Streckenbereich befindet sich in einer Geraden (Überhöhung \ddot{u} = 0 mm), mit einer Schienenlängsneigung in Kilometrierungsrichtung von -0,481 ‰. Der Gleisabstand der Hauptgleise beträgt im Kreuzungspunkt des aktuellen BÜ 4,50 m.

Kommentiert [SD3]: Gilt das auch 500 m weiter nördlich für den Bereich des Bahnübergangs?

0.1.3.2 Tunnel

Entfällt.

Kommentiert [MA4R3]: Ich denke ja, wenn wir mit der Bahn wieder den BÜ bauen

0.1.3.3 Bahnübergänge

Westlich (bahnlinks) der beiden Hauptgleise sind im Bereich des BÜs noch die Schienen zweier Neben-/Altgleise vorhanden. Der BÜ umfasst also vier Gleise. Der Gleisabstand der Gleise beträgt von Ost nach West: Hauptgleis -> 4,50 m -> Hauptgleis -> 4,57 m -> Nebengleis -> 4,53 m -> Altgleis.

Die Straßenquerung des BÜs ist asphaltiert und besteht aus vier Spuren: Je Richtung eine Fahrzeug- und eine Fahrradspur. Die Gesamtbreite beträgt 12,5 m. Die BÜ-Eindeckung zwischen den Gleisen besteht aus Asphalt und besteht über die gesamte Breite des BÜs.

Es sind darüber hinaus Schrankenanalagen zu beiden Seiten sowie Lichtzeichen, Andreaskreuze, Überwegbeleuchtung und die entsprechenden Fundamente vorhanden.

0.1.3.4 Ingenieurbauwerke

Ca. 15 m südwestlich des BÜs befinden sich ein GSMR Funkmast und ein Betonschaltheus.

0.1.3.5 Schallschutzwände (Lärmschutzanlagen)

Rechtsseitig (östlich) verläuft bis ca. 5 m vor dem BÜ eine Lärmschutzwand mit einer Höhe von 6 m.

0.1.3.6 Oberbau

Im Bereich des BÜ km 30,511 sind vier Gleise vorhanden. Die beiden Streckengleise der Strecke 1740 sind als Oberbau W14K-60-B90-1667 ausgeführt. Das Gleis 3 des Bf Neustadt am Rübenberge ist als Oberbau W14K-54-B70-1667 ausgeführt. Das Gleis 4 ist nicht mehr an das Netz angeschlossen.

0.1.3.7 Hochbauten

Entfällt.

0.1.3.8 Personenverkehrsanlagen

Entfällt.

0.1.3.9 Straßen und Wege

Die Siemensstraße trifft östlich in ca. 100 m Entfernung auf die B 442. In westlicher Richtung kreuzt sie in ca. 220 m Entfernung die Hans-Böckler-Straße. Direkt linksseitig (westlich) angrenzend an den BÜ zweigt die Parallelstraße „An der Eisenbahn“ von der Siemensstraße nordwärts ab. Direkt westlich hinter dem Fahrdienstleiter-Gebäude befindet sich außerdem eine teilbefestigte Wendeschleife.

0.1.3.10 Tiefbau

Links und rechts des BÜs verlaufen TE-Schächte. Im Planungsbereich befinden sich im Bestand links der Bahn (ldB) Kabelkanäle, vom BÜ in absteigender km-Richtung in der Größe II und aufsteigend in Richtung Bf Neustadt in der Größe III, sowie Kabelschächte am BÜ ldB und rechts der Bahn (rdB).

0.1.3.11 Anlagen der Leit- und Sicherungstechnik

Gemäß VzG (Anlage 5.3) ist das Befahren im Streckenabschnitt Wunstorf - Bremerhaven-Seehafen (DB Grenze) mit 160 km/h möglich. Die Strecke ist im Gleiswechselbetrieb (GWB) ausgerüstet und weist einen Bremswegabstand von 1000 m auf. Die Signalanlagen des Bf Neustadt werden durch ein Stellwerk der Bauform DrS2 gestellt (Baujahr 1964). Die Strecke und die Bahnhofsgleise sind zur Gleisfreimeldung mit Achszählern und die Weichenbereiche mit Gleiskreisen ausgestattet. Der gesamte Bereich des Bf Neustadt ist mit punktförmiger Zugbeeinflussung (PZB) ausgerüstet. Der Bahnübergang ist ausgestattet mit einer EBÜT80-LzHH-Hp.

Kommentiert [SD5]: Sofern relevant hier Abstand zum Altgleis eintragen. Stimmt außerdem die Gleisbezeichnung?

Kommentiert [MA6R5]: Ja, es wird benötigt für die Baufirma als Info

Kommentiert [SD7]: X nachtragen

Kommentiert [MA8R7]: Die Info kann @Nergis, Nurettin dir aus DWG teilen

Kommentiert [NN9R7]: Erledigt

Kommentiert [SD10R7]: Bei mir wird immer noch X und XYZ für Breite und Material angezeigt...

Kommentiert [NN11R7]: Ich dachte, dieser Kommentar beziehe sich auf die Lärmschutzwand. Da war auch ein X. (6 m)

Kommentiert [NN12R7]: Erledigt.

Wenn ich mir Google Maps anschau, sieht es zwischen den Gleisen nach Asphalt aus, aber zwischen den Schienen sind Gummimatten (Elastomerplatten) zu sehen.

<https://maps.app.goo.gl/nV5CxFd2r1vc7MbP7>

Kommentiert [SD13]: Gehören Schranken & co auch in dieses Kapitel?

Kommentiert [MA14R13]: Nein, zu BÜ oder LST

Kommentiert [SD15]: Aus dem E-Bericht

Kommentiert [SD16]: Aus dem E-Bericht

Kommentiert [SD17]: Aus dem E-Bericht

Straßenseitig wird der BÜ gesichert durch:

- 6 Lichtzeichen an 4 Masten mit Andreaskreuz,
- 2 Fußgängerakustiken und
- 4 Halbschranken.

Bahnseitig wird der BÜ gesichert über Signalabhängigkeit mit Hauptsignalen. Folgende Kabel sind gemäß Kabellageplan l.d.B. verlegt:

- Abhängigkeitskabel 920, 932, 950
- Kabel 557
- Kabel 558

0.1.3.12 Anlagen der Telekommunikation

Im betrachtenden Planungsabschnitt des BÜ an der Strecke 1740 Wunstorf - Bremerhaven-Seehafen befinden sich die folgenden Streckenkabel der DB AG und Vodafone (ehem. Arcor) in vorhandenen Kabelschutzsystemen IdB und erdverlegt rdB:

Bahnrechts (erdverlegt):

- F 3332 (1740.1.01) Kupfer-Streckenfernmeldekabel TFF 42" (4/-/18/20), Hannover – Langwedel

Bahnlinks (im Kabeltrog):

- F 6316 24' (LWL-Kabel 6x4) Wunstorf - Bremen (Eigentümer Vodafone)
- F 6311 48' (LWL-Kabel 4x12) Stw Wunstorf Wf - Basa Bremen (Eigentümer DB Netz)

Im Umfeld des jetzigen BÜ km 30,511 Siemensstraße befindet sich neben den drei oben genannten Kabeln weiterhin ein LWL-Verbindungskabel (DB Netz AG) F 663062 (8' (1x8)) zwischen Relaisgebäude Neustadt a. Rbge. und der GSM-R BTS (in der bahnlinken Trograsse). Zwischen dem BÜ-BSH und dem Stellwerksgebäude „Nf“ ist ein 10-paariges Fernmeldebahnhofskabel FB 130 (10x2x0,6) verlegt.

0.1.3.13 Elektrotechnische Anlagen für Bahnstrom

Die freie Strecke ist mit einer Regeloberleitung der DB bespannt.

Eine Oberleitung ist auch über dem Nebengleis vorhanden, nicht aber über dem östlich liegenden Altgleis (Gleis 4).

Die Oberleitung weist folgende Parameter auf:

- Bauart: Re 160
- Fahrdrachthöhe: 5,50 m
- Systemhöhe: 1,80 m
- Kurzschlussstrom: < 25 kA

Kommentiert [SD18]: Aus dem E-Bericht

Kommentiert [SD19]: Aus dem E-Bericht

Kommentiert [SD20]: Für Bereich des BÜ prüfen

Kommentiert [MA21R20]: @Nergis, Nurettin Bitte prüfen

Kommentiert [NN22R20]: Erledigt.

Ich habe mich mit dem fachlich zuständigen Kollegen Rafal Skowronek abgestimmt und wir haben die Informationen wie folgt aktualisiert. Er geht davon aus, dass die Angabe „Kurzschlussstrom: < 25 kA“ zutreffend ist, weist jedoch darauf hin, dass dies noch von DB Energie bestätigt werden muss.

Unmittelbar neben dem BÜ in Richtung Poggenhagen befindet sich ein Parallelfeld zwischen den Mastpaaren 30-15/16 und 30-17/18. Die entsprechende Nachspannung geht über den BÜ zwischen den Mastpaaren 30-11/14 und 30-21/20. Es befinden sich keine Speise-/Verstärkungsleitungen, Schalteinrichtungen und OSE-Steuerkabel im Bereich.

0.1.3.14 Elektrotechnische Anlagen für Licht- u. Kraftstrom

Jeweils ein Beleuchtungsmast befindet sich an der nordöstlichen und der südwestlichen Ecke des BÜs. An allen vier Ecken sind Warnlichtzeichen und Schrankenanlagen vorhanden.

Im Bereich des BÜ km 30,511 (Siemensstraße) wird eine 16,7 Hz-Weichenheizanlage betrieben (EWHA W1 bei ca. km 30,220), welche über ein Steuerkabel (NYY 7x2,5) an das Stellwerk „Nf“ angebunden ist. Außerdem wird eine zweite 16,7 Hz-Weichenheizanlage betrieben (EWHA W2 bei ca. km 31,255), welche ebenfalls über ein Steuerkabel (NYY 7x2,5) an das Stellwerk „Nf“ angebunden ist. Die Verteilung im Stellraum des Stellwerkes „Nf“ versorgt momentan außerdem die Beleuchtung des BÜ sowie weitere Verbraucher.

0.1.3.15 Maschinentechnische Anlagen

Entfällt.

0.1.3.16 Kabel und Leitungen Dritter

Im Rückbaubereich befinden sich folgende Kabel und Leitungen Dritter:

- Gasleitung (LeineNetz GmbH)
- Niederspannungsleitung (LeineNetz GmbH)
- Trinkwasserleitung (LeineNetz GmbH)
- Regenwasserleitung (Abwasserbehandlungsdienst Neustadt am Rübenberge)
- Schmutzwasserleitung (Abwasserbehandlungsdienst Neustadt am Rübenberge)
- Fernmeldeleitung (Deutsche Telekom AG)
- TK Kabel (DB Netz AG)

0.1.3.17 Sonstige bauliche Anlagen und bauliche Anlagen Dritter

Entfällt.

0.1.3.18 Sonstige Anlagen der Ausrüstung

Entfällt.

0.1.4 Verkehrsverhältnisse

Grundsätzlich erfolgt die Andienung der Baustelle nach Wahl des AN.

Eine bauzeitliche Nutzung von Gleisanlagen ist nicht vorgesehen. Nach Rücksprache mit dem Baubetrieb der DB Netz kann die bauzeitliche Nutzung ggf. möglich werden.

Gleisgebunden:

- Streckencharakteristik: zweigleisige elektrifizierte Hauptstrecke
- Verkehrsart: Personen- (P4) und Güterverkehr (F1)
- Streckenklasse: D4 (Perspektivnetz E mit AK 25t gemäß M458.0301A11)
- Streckenstandard: M 160
- Geschwindigkeit: Hg = 160 km/h

Kommentiert [SD23]: Aus dem Bauwerksverzeichnis

Straßengebunden:

Die BE-Fläche links der Bahn (Beschreibung in Kap. 0.2.6) ist über die Hans-Böckler-Straße erreichbar.

Der AG übernimmt keine Gewähr in Bezug auf die Verfügbarkeit und die Nutzungsmöglichkeit öffentlicher Verkehrswege und -flächen außerhalb des vertraglichen Leistungsbereiches, insbesondere in Bezug auf die Nutzung von Über- und Unterführungen für vom AN vorgesehene Schwerlastverkehre.

0.1.5 Freizuhaltende Flächen

Während der gesamten Baumaßnahme bleiben beide Streckengleise in Betrieb. An der Strecke wird im Bereich der Baustelle eine La-Stelle mit fester Absperrung der Gleise eingerichtet.

0.1.6 Transportwege

Die Wahl und die Befestigung der Transportwege obliegen dem AN.

Die Lage der BE-Flächen ist Anlage 3.2.01 zu entnehmen und in Kap. 0.2.6 beschrieben. Die BE-Fläche ist entsprechend der Anforderungen des AN herzurichten (Abschieben Oberboden, Verlegen Trennvlies, 0,5m Schottertragschicht).

Die erforderlichen Aufwendungen sind in die LV-Pos. 01.01.0050 einzurechnen.

Transportmöglichkeiten ergeben sich durch die direkte Anbindung über die Siemensstraße beidseitig des BÜs.

0.1.7 bleibt frei

0.1.8 bleibt frei

0.1.9 Baugrund

Der erkundete Baugrund kann im Allgemeinen folgendermaßen gegliedert werden:

- Schwarzdecke / Oberfläche (0,00 – 0,05 m)
- Kies, sandig, schwach schluffig (0,05 – 1,10 m)
- Sand, schluffig, nass; lokale Schlufflinsen (1,10 – 1,50 m)
- Mittelsand / feinsandig (Übergangszone) (1,50 – 3,50 m)
- Tonstein, entfestigt (3,5 – 6,00m)

Bodenmechanische Kennwerte (Tabelle 1 des Baugrundgutachtens):

Tabelle 1 Baugrundsichten

Baugrund-schicht	Wichte des feuchten Bodens	Wichte unter Auftrieb	Reibungs winkel	Kohäsion	Undrai-nierte Kohäsion	Einaxiale Druck-festigkeit	Steife-modul	Durch-lässigkeits-beiwert
	γ [kN/m³]	γ' [kN/m³]	ϕ [°]	c' [kN/m²]	c_u [kN/m²]	q_u [MN/m²]	E_s [MN/m²]	K_f [m/s]

Kommentiert [SD24]: Auf BÜ anpassen

Kommentiert [MA25R24]: Wir sollen Sperrpausen oder die Bauarbeiten im Gleis berücksichtigen

Kommentiert [SD26]: Auf Rückbau BÜ anpassen

Kommentiert [SD27]: Auf BÜ anpassen. Zusätzliche Transportwege hier überhaupt nötig? Oder reicht der Verweis unten auf die Siemensstraße?

Kommentiert [SD28]: Für Bereich des BÜ prüfen. Kann übernommen werden oder signifikanter Unterschied zum Bereich der SÜ?

Kommentiert [MA29R28]: Ja, es soll angepasst werden.
@Nergis, Nurettin

Kommentiert [NN30R28]: Ich habe die Aufgabe erhalten und prüfe sie.

Kommentiert [NN31R28]: Erledigt

Ich habe die Bodeninfos anhand der SharePoint-Daten aktualisiert. Ich halte diese Informationen für die aktuellen Bodenangaben. Falls es neuere Bodendaten gibt, sollten wir diese zur Kontrolle nochmal heranziehen.

Link;
BUE 30-
5 Siemensstraße V1 1909 Baugrundgutachten Schnitte.dwg

Baugrundgutachten 2020-07-10

Auffüllung /Oberbo- den Schichten A/O	17	7	15	0	2	-	1	1•10-5 bis 1•10-8
Sande Schicht S	18	9	30	0	0	-	30	1•10-4 bis 1•10-6
Becken- sedimente Schicht B	20	10	27,5	5	15	-	3	1•10-7 bis 1•10-9
Tonstein zersetzt Schicht T1	20	10	22,5	20	60	-	5	1•10-7 bis 1•10-9
Tonstein stark entfestigt Schicht T2	21	11	25,0	-	-	0,2	25	1•10-8 bis 1•10-10

Die vollständigen Baugrundgutachten liegen in Anlage 3.5 bei.

Kommentiert [SD32]: Für Bereich des BÜ prüfen

0.1.10 Hydrologie

Die Grundwasserstände wurden im März bis Mai 2020 gemessen. Sie pegelten sich zwischen 0,60 m bis 1,30 m unter GOK ein. Das anstehende Grundwasser wird als Schichtenwasser oberhalb der Tonstein-Horizonte angesehen.

Der untersuchte Boden ist als nicht betonangreifend nach DIN 4030 einzustufen.

Hinsichtlich der Stahlaggressivität im Unterwasserbereich sowie an der Wasser-/Luftgrenze weist die untersuchte Wasserprobe eine sehr geringe Korrosionswahrscheinlichkeit von unlegierten und niedriglegierten Eisenwerkstoffen für Loch- und Muldenkorrosion und Flächenkorrosion auf.

Kommentiert [SD33]: Für Bereich des BÜ prüfen, falls für den Rückbau erforderlich

0.1.11 Besondere umweltrechtliche Vorschriften/Hinweise

Entfällt.

Kommentiert [MA34]: @Deggim, Simon kannst du bitte das prüfen? [01 Erläuterungsbericht](#) Hier schaut bitte mal die Umweltplanung, ob sie, was zu sagen, hat

0.1.12 Besondere Vorgaben für die Entsorgung

0.1.12.1 Abfall

Der Auftragnehmer hat die mit der Durchführung der Baumaßnahme anfallenden nicht wiederverwendbaren Rückbaustoffe (z. Bsp. defekte Kabelkanäle, Asphaltrückbau, Bauschutt usw.) der Entsorgung zuzuführen.

Gemäß den abfalltechnischen Voruntersuchungen sind Auffüllungen der Siemensstraße als gefährlicher Abfall einzustufen und entsprechend zu lagern und zu entsorgen.

Wiederverwendbare Stoffe (z. Bsp. Bodenaushub) sind soweit möglich im Baustellenbereich wieder zu verwenden bzw. in Abstimmung mit dem AG auf Zwischenlager zu transportieren und ordnungsgemäß zu lagern.

Die Regelungen von Bau- und Abbruchabfällen im Bauvorhaben und der Umgang mit diesen wird unter Punkt 0.2.15 beschrieben.

Kommentiert [DS35R34]: Absatz zu gefährlichem Abfall eingefügt, Absatz zu Abwasser gelöscht.

Kommentiert [SD36]: Ggfs. für Rückbau BÜ anpassen

0.1.13 Schutzgebiete oder Schutzzeiten

Kommentiert [SD37]: Ggfs. für Rückbau BÜ anpassen

Allgemeines

Das Vorhaben wird nicht innerhalb von FFH- oder SPA-Gebieten realisiert.

Gewässerschutz

Sollte wider Erwarten eine Grundwasserhaltung erforderlich sein, ist die UWB der Region Hannover, Team West, zu informieren. Erst nach Entscheidung dieser über den Sachverhalt dürfen die Arbeiten weiter ausgeführt werden. Ebenso ist die UWB der Region Hannover, Team West, im Falle eines Unfalls mit wassergefährdenden Stoffen davon unverzüglich in Kenntnis zu setzen.

Es ist auszuschließen, dass Öl, Schmier- und Treibstoffe, Kunststoffe oder andere den Boden und das Grundwasser verunreinigende Stoffe durch den Umgang mit den Baumaschinen und Baustoffen o. a. in den Boden gelangen. Verunreinigungen des Bodens sind durch geeignete Vorsichtsmaßnahmen (gesicherte, dichte Lagerbehälter bzw. -räume/-flächen und Transportbehälter, Vorsichtsmaßnahmen bei Gerätebetankungen usw.) zu verhindern.

Der AN hat während der Bauzeit ständig dafür Sorge zu tragen, dass es durch die Maschinen- und Geräteeinsätze, die Ableitung von Niederschlags- und Oberflächenwasser aus dem Baustellenbereich zu keiner Verschmutzung von Vorflutern und des Grundwassers kommt. Es sind keine wassergefährdenden Stoffe, toxischen Substanzen bzw. Materialien, aus denen diese freigesetzt werden können, in Vorflutnähe vorzuhalten und zu verbauen. Sollten während der Baumaßnahme trotzdem Verunreinigungen mit wassergefährdenden Stoffen im Wasser und Boden freigesetzt werden, so sind sofort geeignete Maßnahmen zur Gefahrenabwehr zu ergreifen. Der Meldepflicht ist unverzüglich nachzukommen.

Es sind nur Baugeräte mit schadstoffarmen Antrieben und dichtem Hydrauliksystem einzusetzen. Der AN hat den AG und die BÜZ unverzüglich von aufgefundenen Kontaminationen und über die von ihm diesbezüglich eingeleiteten Maßnahmen zu unterrichten. Bei angetroffenen Kontaminationen entscheidet der AG abschließend die Anzahl und die exakte Lage im Baufeld für die vom AN zu entnehmenden Bodenproben. Der AG behält sich außerdem die Anfertigung von eigenen Gegenproben zu den Proben des AN ausdrücklich vor.

Der AN ist des Weiteren verpflichtet, vor der VOB-Abnahme alle sogenannten „Freistellungserklärungen von Rechten Dritter“ zu veranlassen und dem AG vollständig und rechtskräftig unterschrieben vorzulegen.

Denkmalschutz

Es befinden sich keine bekannten Kulturgüter oder sonstigen Sachgüter im Rückbaubereich, die denkmalschutzrechtlich zu beachten sind.

Kommentiert [SD38]: Ist das so korrekt?

Lärmschutz

Die Ausführung der Vertragsleistung muss teilweise am Wochenende bzw. in Nachtstunden erfolgen. Genehmigungen von Behörden liegen in diesem Zusammenhang noch nicht vor (z.B. Nacht-/Sonntags- oder Feiertagsarbeit). Zur Beantragung sind Angaben erforderlich, welche noch im Rahmen der dem AN übertragenen Planungs- bzw. Ausführungsleistungen von ihm nach Maßgabe der vertraglichen

Vorgaben zu erarbeiten sind und deswegen inhaltlich von diesem bestimmt werden (z. B. Wahl der eingesetzten Maschinen).

Für Arbeiten in geschützten Zeiten sind nach geltendem Landesrecht Ausnahmegenehmigungen, Anzeigen etc. erforderlich. Der AN hat unter Beachtung des geplanten Bauablaufes, der anzuwendenden Bauverfahren und des geplanten Maschineneinsatzes, bei den zuständigen Stellen erforderliche Ausnahmen zu beantragen bzw. die relevanten Bauarbeiten anzuzeigen und die rechtzeitige Erlangung notwendiger Genehmigung zu verfolgen.

0.1.14 Schutzmaßnahmen

Kommentiert [SD39]: Ggfs. für Rückbau BÜ anpassen

Lärmschutz

Es gelten die Regelungen des Niedersächsischen Lärmschutzgesetzes – NLärmSchG und der Geräte- und Maschinenlärmschutzverordnung (32. BImSchV).

Für Arbeiten in der schutzbedürftigen Zeit sind die Anträge auf Ausnahmezulassung zu stellen.

Die erforderlichen behördlichen Genehmigungen für Nacht-, Wochenend- und Feiertagsarbeit sind vom AN zu beantragen.

Es ist nicht auszuschließen, dass lärmintensive Arbeiten in den Nächten sowie an Sonn- und Feiertagen nicht zugelassen werden.

Sollten lärmintensive Arbeiten in den Nächten sowie an Sonn- und Feiertagen zwischen 20:00 und 7:00 Uhr nicht genehmigt werden, ist dies im Bauablauf zu berücksichtigen. Durch Nichtgenehmigung von Sonntagsarbeit kann der AN kein Verlangen auf Bauzeitverlängerung ableiten.

Erschütterungsschutz

Die Immissionsorte sind vor Beginn der jeweiligen Baumaßnahmen dem AG anzuzeigen. erschütterungsintensive Arbeiten sind in der nächtlichen Ruhezeit zwischen 22:00 und 6:00 Uhr und am Sonntag voraussichtlich nicht genehmigungsfähig.

Es ist zu gewährleisten, dass während der Baudurchführung keine solchen Auswirkungen durch Erschütterungen auf die vorhandene Bebauung ausgelöst werden, die zu Überschreitungen der Anhaltswerte der DIN 4150, Teil 3 führen.

Es wird besonders auf die Anlagen der Tankstelle und des Umspannwerkes hingewiesen.

Lärmarme Bauverfahren und Baumaschinen

Dem Minimierungsgebot in § 22 (1) BImSchG zufolge wird der AN verpflichtet, grundsätzlich geräuscharme Bauverfahren und Baumaschinen nach dem Stand der Lärminderungstechnik zu wählen.

Bereits bei der Einrichtung, aber auch während der Durchführung der Bauarbeiten ist darauf zu achten, dass geräuschintensive Baumaschinen, deren Einsatz nicht vermeidbar ist, möglichst weit von evtl. vorhandener Wohnbebauung entfernt platziert werden.

Die Arbeiten sind – so weit möglich – im Tagzeitraum durchzuführen.

Entsprechend den Vorgaben des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) ist die Baustelle so einzurichten und zu betreiben, dass Geräusche verhindert werden, die nach dem Stand der Technik vermeidbar sind.

Sonstige Immissionen

Der AN hat mit folgenden Maßnahmen sicherzustellen, dass Dieselruß- und Staubemissionen so weit wie möglich reduziert werden:

- Fahrzeuge und Geräte sind abzuschalten, soweit sie nicht baubedingt genutzt werden.
- Baustelleneinrichtungsflächen und Zuwegungen sind bei trockener Witterung zu befeuchten.
- Beim Transport von staubentwickelnden Materialien sind die Baufahrzeuge bzw. Materialien abzudecken oder zu befeuchten.
- Baumaschinen und LKW haben langsam zu fahren, soweit Arbeiten in der Nachbarschaft von Wohngebieten stattfinden.

0.1.15 bleibt frei

0.1.16 bleibt frei

0.1.17 Hindernisse

Hindernisse stellen die unter 0.1.3 beschriebenen vorhandenen Anlagen dar.

Im Baufeld befinden sich Kabel und Leitungen der DB AG sowie Dritter. Insbesondere die vorhandenen Kabelgefäßsysteme sind zu schützen und deren Funktionsfähigkeit ist zu gewährleisten.

Während der Durchführung des Bauvorhabens ist darauf zu achten, dass die entlang der Bahnstrecke vorhandenen Kabelanlagen, welche weiterhin in Betrieb sind, nicht beschädigt werden.

Der Auftragnehmer darf mit Arbeiten an vorhandenen Leitungs- und Kabeltrassen erst beginnen, nachdem die Zustimmung der Deutschen Bahn AG vorliegt, eine örtliche Einweisung erfolgt ist und er die Empfangsbestätigung des Kabelmerkklaßes der Deutschen Bahn AG gegen Unterschrift dem AG übergeben hat. Gleiches gilt für Arbeiten im Näherungsbereich von Kabeltrassen. Mit der Bauüberwachung des AG ist festzulegen, ob eine Aufsichtskraft für diese Zeit erforderlich wird. Die Beschaffung von Schachtscheinen hat durch den AN BAU zu erfolgen.

Kommentiert [SD40]: Ggfs. für Rückbau BÜ anpassen

0.1.18 Kampfmittel

Es wird bestätigt, dass die DB Netz AG als Bauherrin, die im Bundesland Niedersachsen geltenden Anforderungen zur Klärung eines Kampfmittelverdachts im Oktober/November 2023 durchgeführt hat.

Es besteht weiterhin Kampfmittelverdacht. Deshalb sind weitergehende kampfmitteltechnische Maßnahmen erforderlich. Die erforderlichen Maßnahmen werden baubegleitend durchgeführt.

Die Räumung von Kampfmitteln hat nach Vorgaben des Räumkonzepts des AGs zu erfolgen.

Kommentiert [SD41]: Ggfs. für Rückbau BÜ anpassen

0.1.19 Baustellenverordnung

Die Baustellenverordnung (BaustellV) umfasst insbesondere folgende Pflichten des AN:

- Berücksichtigung der allgemeinen Grundsätze nach § 4 Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG) bei der Planung der Ausführung des Bauvorhabens
- Vorankündigung bei der Behörde bei größeren Bauvorhaben
- Bestellung eines Koordinators und Koordinieren der Maßnahmen des Arbeitsschutzes, wenn Beschäftigte mehrere Arbeitgeber auf der Baustelle gleichzeitig oder nacheinander tätig werden

Kommentiert [SD42]: Ggfs. für Rückbau BÜ anpassen

- Erarbeiten eines Sicherheits- und Gesundheitsschutzplans (SiGePlan) bei größeren Baustellen und/oder bei besonders gefährlichen Arbeiten, wenn Beschäftigte mehrere Arbeitgeber auf der Baustelle gleichzeitig oder nacheinander tätig werden
- Zusammenstellen einer Unterlage für spätere Arbeiten an der baulichen Anlage
- zusätzlich ab 01.04.2023: Übermittlung einer "Unterrichtung zu den Umständen auf dem Gelände der Baustelle" an den Arbeitgeber nach § 2 Abs. 4 für Baustellen, bei denen jeder Beschäftigte für denselben Arbeitgeber tätig wird und aufgrund des zeitlichen Umfangs der Arbeiten eine Vorankündigung zu übermitteln ist oder besonders gefährliche Arbeiten ausgeführt werden

0.1.20 **Auflagen Dritter**

Das Plangebiet liegt innerhalb des Zuständigkeitsbereiches für militärische Flugplätze gem. § 18a Luftverkehrsgesetz. Es wird darauf hingewiesen, dass Beschwerden und Ersatzansprüche, die sich auf die vom Flugplatz/Flugbetrieb ausgehenden Emissionen wie Fluglärm etc. beziehen, nicht anerkannt werden.

Ebenso wird der Bauschutzbereich gem. §12 (3) Ziffer 2 a LuftVG des militärischen Flugplatzes Wunstorf berührt.

Ferner befindet sich das Plangebiet im Interessengebiet militärischer Funk.

Anschrift militärische Luftfahrtbehörde:

Luftfahrtamt der Bundeswehr

Abteilung Referat 1 d

Luftwaffenkaserne Wahn

Postfach 90 61 10 / 529

51127 Köln

LufABw1dBauschutz@Bundeswehr.org

0.1.21 bleibt frei

0.1.22 Vorarbeiten des AG

Entfällt.

0.1.23 **Arbeiten anderer Unternehmer**

Im Zeitraum zur Realisierung der Aufhebung BÜ Siemensstraße sind im Streckenabschnitt Poggenhagen - Neustadt a. Rübenberge der Strecke 1740 weitere BÜ-Aufhebungsmaßnahmen geplant, die „Aufhebung der BÜ Luther Weg in Wunstorf“. Zur Umsetzung der Maßnahmen sind in denselben Sperrzeiten vorgesehen. Abhängigkeiten, insb. der Baulogistik, sind fortlaufend abzustimmen und zu berücksichtigen.

Kommentiert [SD43]: Ggfs. für Rückbau BÜ anpassen

Kommentiert [SD44]: Ggfs. für Rückbau BÜ anpassen

0.1.24 **Besondere Auflagen**

Kommentiert [SD45]: Ggfs. für Rückbau BÜ anpassen

Soweit in der Leistungsbeschreibung auf Technische Spezifikationen, z.B. nationale Normen, mit denen Europäische Normen umgesetzt werden, europäische technische Zulassungen, gemeinsame technische Spezifikationen, Internationale Normen, Bezug genommen wird, werden auch ohne den ausdrücklichen Zusatz: „oder gleichwertig“ immer gleichwertige Technische Spezifikationen in Bezug genommen.

Beweissicherung

Beweissicherung ist grundsätzlich gemäß Bauvertrag, Anlage 2.1 BVB §16, abzurechnen. Dabei ist der Urzustand von Flächen oder Bauwerken zum späteren Nachweis des Ausgangszustandes zu dokumentieren. Der Umfang der Beweissicherung ist mit der Projektleitung abzustimmen.

Der AN hat durch einen zugelassenen Gutachter - ÖbVI - im Beisein des AG rechtzeitig vor Beginn der Arbeiten eine Beweissicherung des gesamten Baufeldes und der Bebauung im Umfeld von mindestens 30 m einschließlich aller im Zusammenhang der Baumaßnahme genutzten Flächen und Wege durchzuführen, ggf. schon vorhandene Schäden und Mängel zu dokumentieren und eine von allen Beteiligten zu unterschreibende Niederschrift zu fertigen. Diese vom AN anzufertigende Niederschrift mit Bildaufnahmen erhält jeder Beteiligte 1-fach, der AG 2-fach.

Zur Beweissicherung gehört auch der Nachweis keiner weiteren Schädigung bereits beschädigter Bauwerke z.B. durch das Anbringen von Gipsplomben und ähnliches.

Alle später, durch Arbeiten des AN entstandenen Schäden, sind fortwährend zu dokumentieren und auf seine Kosten wieder zu beheben. Nach Beendigung der Baumaßnahme und nach Rückbau der Baustelleneinrichtung ist eine Schlussbesichtigung mit allen Beteiligten durchzuführen. Es ist von den Beteiligten eine Gegenzeichnung auf den Gutachten mit den eventuell dokumentierten Schäden vorzunehmen.

Sicherungsmaßnahmen

Die Verantwortung für die Sicherheit auf der Baustelle obliegt dem AN. Sollten Bahnanlagen für die Arbeiten betreten werden, ist dies nur während der Sicherung durch Sicherungspersonale des AG möglich.

Für den Aufenthalt im Gefahrenbereich der Gleise gelten die Sicherheitsbestimmungen der DB AG gemäß Nr. 12 der Zusätzlichen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen (ZVB-DB). Zur Sicherung der Arbeitskräfte vor den Gefahren aus dem Eisenbahnbetrieb werden bei allen Arbeiten im Gleisbereich (nach GUV-R 2150) und bei allen Arbeiten, die eine Gefährdung des Eisenbahnbetriebes darstellen können, Sicherungsposten bzw. feste Absperrungen eingesetzt.

Für alle Arbeiten im Gleisbereich gelten die entsprechenden Unfallverhütungsvorschriften (UVV). Alle Schutzmaßnahmen, die nach den Unfallverhütungsvorschriften der DB AG und der Berufsgenossenschaften erforderlich sind, hat der Auftragnehmer ohne besondere Aufforderung auf seine Kosten zu treffen. Die GGI/GUV-I 781 „Sicherheitshinweise für Arbeiten im Gleisbereich von Eisenbahnen“ ist unter anderem zu beachten.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, seine Betriebsangehörigen und alle anderen Personen, deren er sich zur Erfüllung seiner vertraglichen Leistung bedient (Erfüllungsgehilfen), jeweils vor Aufnahme ihrer Arbeit nachweislich so zu belehren, dass sie über die in Betracht kommenden Unfallgefahren des Bahnbetriebs und über die Abwehr dieser Gefahren ausreichend unterrichtet sind. Die Nachweise sind dem AG in Kopie zu übergeben.

Maßnahmen der Ersten Hilfe (auch Notfallmeldekarten) und erforderlichenfalls des vorbeugenden Brandschutzes sind durch den AN sicherzustellen.

Alle Sicherungsleistungen werden vom AG beigestellt. Dazu bindet der AG ein Sicherungsunternehmen. Das Sicherungsunternehmen übernimmt für den AN die Sicherung nach Maßgabe der Ril 132.0118 als unternehmerische Werkleistung.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Bindung eines Sicherungsunternehmens durch den AG den AN nicht aus seiner Verantwortung für die Sicherheit auf der Baustelle entlässt.

Zur planmäßigen Absicherung der Arbeiten, die Sicherungsmaßnahmen erforderlich machen, hat der AN diese Arbeiten mindestens 5 Wochen vor Beginn der Arbeiten mit folgenden Mindestangaben in schriftlicher Form bei der Bauleitung des AG anzumelden:

- Datum, Ort, Zeitraum
- ausführende Firma
- Art der Arbeiten
- Anzahl der Personen
- Anzahl und Art der eingesetzten Maschinen
- Mindestabstand vom Gleis
- erforderliche Räumzeit

Der AN hat die geplanten Arbeiten einer Kalenderwoche spätestens am Mittwoch der Vorwoche inkl. dem erforderlichen Sipo-Bedarf nach Vorgaben des AG beim AG anzumelden. Der AN hat diese Arbeiten sorgfältig zu planen und damit einen wirtschaftlichen Einsatz der erforderlichen Sicherungsleistungen zu gewährleisten. Verzögerungen im Bauablauf einschl. Folgekosten durch nicht rechtzeitige Anmeldung vom AN gehen zu seinen Lasten.

Der AN ist für eine ordnungsgemäße Baustellenabsicherung zur Tag- und Nachtzeit verantwortlich. Schäden sind sofort und unentgeltlich zu beheben.

Es sind neben der StVO die „Richtlinien für die Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen“ (RSA) zu beachten.

0.2 Angaben zur Ausführung

0.2.1 Bauablauf

Für die Durchführung von Arbeiten im Gefahrenbereich der Betriebsgleise sind Sperrpausen erforderlich.

Veränderungen der angemeldeten Sperrpausen sind nicht zulässig. Ein eventueller Bedarf von zusätzlichen Sperrpausen kann nur in Ausnahmefällen mit einem Vorlauf von mindestens 33 Wochen angemeldet werden. Ein Anspruch des AN auf Gewährung zusätzlicher Sperrpausen besteht nicht.

Für Neustadt am Rübenberge gibt es eine Totalsperrung vom 18.12.2026, 19:50 Uhr bis 21.12.2026, 03:50 Uhr (56h). Folgenden sind die angemeldeten Sperrpausen:

- BBMN-39171 | KBB und KFB Fixiert | J | 1115, 1117, 1544,1545_Brückenserie Bremen - Wunstorf_Rückbau BÜ km 30,511 Siemensstraße HNUR1740 | Hagen (Han) / Poggenhagen I 18.12.2026 19:50 - 26.12.2026 14:00
- BBR-39171-001 | 1740: Hagen (Han) - Poggenhagen | Fr, 18.12.2026, 19:50 Uhr - Mo, 21.12.2026, 03:50 Uhr, 56h I Tsp/ ---
- tVE-1549336 | 1740: Neustadt a Rbg | Fr, 18.12.2026, 19:50 Uhr - Mo, 21.12.2026, 03:50 Uhr, 56h I BÜ Arb | TSP

Kommentiert [SD46]: Ggfs. für Rückbau BÜ anpassen

Betrieblich bedingte Änderungen von Sperrpausen sind möglich (z.B. Verspätungen, Bedarfszüge etc.). Der AN kann hieraus keine Mehrkosten ableiten. Die Ausführung der Baumaßnahme ist Sache des AN. Das beigelegte Bauphasenkonzept ist grundsätzlich als Bauherrnorschlag zu verstehen und dahingehend variabel, dass der AN Bau den Bauablauf in den Grenzen des Rahmenterminplans im Sinne seiner Bauablaufplanung optimieren kann. Der AN ist verpflichtet, entsprechend seiner gewählten Bautechnologie die gewählten Bauverfahren so einzusetzen, dass keine betrieblichen Beeinflussungen, außer den angemeldeten, im aufrecht zu erhaltenden Gleis- und Straßenverkehr entstehen.

Organisatorische Hinweise

Sobald in den Leistungspositionen nichts anderes angegeben ist, werden die Arbeitsverfahren und Arbeitsabläufe nach Wahl des AN geplant und ausgeführt. Es ist Sache des AN, seine Ressourcen für die Arbeitsverfahren und Arbeitsabläufe für den frist- und qualitätsgerechten Baufortschritt in ausreichender und geeigneter Weise bereit zu halten und einzusetzen.

Durch den AG werden keine Aufgleismöglichkeiten gestellt.

Freizuhaltende Flächen

Während der gesamten Baumaßnahme bleiben beide Streckengleise in Betrieb. An der Strecke wird im Bereich der Baustelle eine La-Stelle mit fester Absperrung der Gleise eingerichtet.

Kommentiert [SD47]: Auf Rückbau BÜ anpassen

0.2.2 Erschwernisse

- Das Bauvorhaben muss unter Aufrechterhaltung und ohne Gefährdung des Eisenbahnbetriebes durchgeführt werden. Während der Bauarbeiten ist stets der Regellichtraum bzw. der Gefahrenraum für Bahnfahrzeuge freizuhalten und es sind die nach den konkreten Umständen der Ausführung einschlägigen Vorgaben der technischen Regelwerke durchgehend zu befolgen. Arbeiten im Lichtraumprofil sind stets nur im gesperrten Gleis möglich.
- Zum Beginn und zum Ende jeder Sperrpause stehen jeweils 0,5 Stunden für zeitparallele Begleitarbeiten des AG bzw. für das Aus- und Einschalten der Oberleitung und Freigabe des Gleises nicht für die Ausführung von Leistungen durch den AN zur Verfügung, die nutzbare Sperrzeit für den AN reduziert sich hiermit entsprechend.
- Die beidseitig entlang der Strecke 1740 vorhandenen Kabelanlagen der DB dürfen nicht beeinträchtigt/umverlegt werden
- Berücksichtigung der Erfordernisse der baubegleitenden Kampfmittelsondierungen

Kommentiert [SD48]: Ggfs. für Rückbau BÜ anpassen

Nutzung öffentlicher Straßen (Verkehrsbeschränkungen)

Die Baustellenzufahrten binden an öffentliche Straßen an. Eine Beschränkung des Gemeingebrauchs dieser öffentlichen Straßen für allgemein zugelassene Kfz ist dem AG nicht bekannt, ebenso wenig der Umfang des Winterdienstes durch die Straßenbaulastträger.

Der AN hat während der Angebotsfrist den Zustand und die Benutzungsmöglichkeiten der öffentlichen Straßen eingehend zu erkunden, insbesondere hinsichtlich der von ihm vorgesehenen Fahrzeuge und Transportmengen unter Berücksichtigung des dort herrschenden allgemeinen Straßenverkehrs, um eine Verkehrsbeschränkung für seine Baustellen auszuschließen. Es empfiehlt sich, die zuständigen Behörden einzuschalten.

Der An- und Abtransport von Maschinen, Geräten, Materialien, Bauteilen, Einrichtungen, usw. muss mit geeigneten Transportmitteln nach den Regeln der Straßenverkehrsordnung (StVO) durchgeführt werden. Die für Übermaße notwendigen Genehmigungen und ggf. erforderlichen Begleitfahrzeuge sind Sache des AN. Die von den zuständigen Behörden erteilten Auflagen und festgelegten Zeiten für die Transporte sind einzuhalten.

Es müssen die öffentlichen Flächen der Baustellenzufahrtswege freigehalten werden und alle Zufahrten innerhalb der Straßen anfahrbar bleiben. Die gefahrlose Befahrbarkeit durch Anlieger muss gewährleistet werden.

0.2.3 **Vorgaben aus dem SiGe-Plan**

Keine besonderen Anmerkungen, es gelten die Festlegungen der Ausschreibung im Übrigen.

Zuarbeiten zum SiGe-Plan sind bei Bedarf nach Rücksprache mit dem SiGe-Koordinator anzupassen.

Kommentiert [SD49]: Ggfs. für Rückbau BÜ anpassen

0.2.4 **Sicherungsmaßnahmen**

Die Baustelle wird beidseitig durch einen Bauzaun gegen den Straßenverkehr sowie gegen unbefugtes Betreten abgesichert. Bahnrechts (östlich) werden zudem in ca. 40m Abstand vom BÜ Betonpoller aufgestellt, um den Zufahrtsverkehr zum REWE-Parkplatz zu leiten.

0.2.5 **Kontaminierte Bereiche**

Neben den in Kapitel 0.1.13 beschriebenen Verdachtsflächen/ Altlastverdachtsflächen gibt es keine Hinweise auf kontaminierte Bereiche im Baufeld.

Sollten im Rahmen der Bautätigkeit Arbeiten in kontaminierten Bereichen erforderlich oder deren Rückbau notwendig werden, sind das einschlägige berufsgenossenschaftliche Regelwerk (u.a. DGUV Regel 101-004: „Kontaminierte Bereiche“), die Anforderungen der Baustellenvorordnung und die Rechtsvorschriften des Landes Niedersachsen zu befolgen.

Kommentiert [SD50]: Ggfs. für Rückbau BÜ anpassen

0.2.6 **Besondere Einrichtungen**

Baustelleneinrichtungs- und Bereitstellungsflächen:

Durch den AG werden dem AN folgende Flächen als Baustelleneinrichtungs- und Bereitstellungsflächen zur Verfügung gestellt:

Kommentiert [SD51]: Ggfs. für Rückbau BÜ anpassen

- BE-Fläche links der Bahn, 628 qm, asphaltiert, Flurstück 207/06, Kreuzungsbereich zwischen „Siemensstraße“ und „An der Eisenbahn“

Über diese Flächen hinausgehende BE-Flächen und Zufahrten beschafft sich der AN in eigener Verantwortung im Rahmen der Baustelleneinrichtung.

Mit Oberleitung überspannte Baustelleneinrichtungs- und Bereitstellungsflächen:

Werden dem AN Baustelleneinrichtungs- und Bereitstellungsflächen auf dem Gelände der DB AG zugewiesen, ist es möglich, dass diese mit Oberleitung (z.B. Quertragwerke) überspannt sind bzw. befinden sich in unmittelbarer Nähe zur OLA.

Der AN hat durch Einweisungsposten sicherzustellen, dass bei An-/Abtransport von Materialien und Ladearbeiten die vorhandene Oberleitungsanlage nicht beschädigt wird.

0.2.7 Besondere Anforderungen an Gerüste

Entfällt.

0.2.8 Mitbenutzung fremder Einrichtungen

Entfällt.

0.2.9 Vorhaltung für andere Unternehmer

Entfällt.

0.2.10 bleibt frei

0.2.11 bleibt frei

0.2.12 bleibt frei

0.2.13 Eignungs- und Gütenachweise

Entfällt?

Kommentiert [SD52]: War in der Vorlage als „bleibt frei“ markiert

0.2.14 Umgang mit gewonnenen Stoffen

Umgang mit Bodenaushub

Das im Rahmen der Baumaßnahme auszuhebende Bodenmaterial ist selektiv abzutragen, um eine Vermischung unterschiedlichen Bodenmaterials zu vermeiden.

Der zum Wiedereinbau im Bauvorhaben (am Herkunftsort) vorgesehene Bodenaushub ist fachgerecht und getrennt nach Bodenarten zwischenzulagern, so dass sich die bodenphysikalischen Eigenschaften und die Bodenfunktionen nicht verschlechtern.

Der zum Wiedereinbau vorgesehene Bodenaushub unterliegt nicht dem Abfallrecht und bedarf gemäß der Bundesbodenschutzverordnung keiner chemischen Untersuchung, soweit nach Art, Menge, Schadstoffgehalten und physikalischen Eigenschaften des Materials sowie den Schadstoffgehalten am Einbringungsort das Entstehen einer schädlichen Bodenverunreinigung nicht zu besorgen ist. Der AN

Kommentiert [SD53]: Relevant für Rückbau? Oder fällt das hier eher unter Entsorgung von Altmaterial? Und kann raus?

hat mit dem AG abzustimmen, ob und in welcher Frequenz für dieses Material dennoch chemische Untersuchungen durchzuführen sind. Die notwendigen bodenphysikalischen Untersuchungen für das wiedereinzubauende Material, sind in jedem Fall vom Auftragnehmer zu erbringen.

Der AG behält sich vor, bei fehlender Akkreditierung des Probennehmers / Labors eine bodenphysikalische Beurteilung durch ein akkreditiertes Labor abzufordern.

Der AN hat 14 Kalendertage vor dem geplanten Wiedereinbau von Bodenaushub die Zustimmung des AG einzuholen, dabei sind erforderlichen Nachweise der bodenphysikalischen und ggf. chemischen Eignung beizulegen.

Sofern der AN mit der Entsorgung von Bodenaushub und mineralischen Restbaustoffen des Bauvorhabens beauftragt ist, hat er den nicht im Bauvorhaben wieder einbaubaren Bodenaushub baufeldextern vorzugsweise in bodenähnlichen Anwendungen zu verwerten, ist dies nicht möglich, ist der Bodenaushub anderweitig ordnungsgemäß und schadlos zu verwerten oder gemeinwohlverträglich zu beseitigen.

Plant der AN die Verbringung von Bodenaushub in andere Bauvorhaben oder von MEB in technische Bauwerke anderer Bauvorhaben, hat er dafür die schriftliche Zustimmung des AG einzuholen, parallel sind die entsprechende Einbaugenehmigung der zuständigen Behörde und die schriftliche Zustimmung des betroffenen Dritten vorzulegen.

Bezüglich der Einbaudokumentation und den Vor- und Abschlussanzeigen gem. EBV siehe Ziff. 0.2.15.10.4.

Die Erstellung der Einbaudokumentation und ggf. der Anzeigen erfolgt grundsätzlich erst nach AG seitiger Freigabe des vom AN beantragten MEB-Einbaus.

Alle Aufwendungen für die vorgenannten Sachverhalte sind einzukalkulieren, es erfolgt keine gesonderte Vergütung.

Eignungs- und Gütenachweise für zugelieferten Bodenaushub und zugeliefertes mineralisches Material

Maßgeblich für die Einbaufähigkeit von zugeliefertem Bodenmaterial und zugeliefertem sonstigen mineralischen Material sind die Einhaltung der Anforderungen an die Umweltverträglichkeit und die bodenphysikalische Eignung des Materials. Vor der Lieferung des Materials und dessen Einbau im Bauvorhaben hat der AN ist die Zustimmung des AG einzuholen.

Die zugelieferten mineralischen Materialien und deren Einbauweise müssen grundsätzlich den geltenden Rechtsvorschriften bzw. Richtlinien insbesondere zum

- Bodenschutz,
- Gewässerschutz,
- zur Verwertung mineralischer Reststoffe

des Bundes und den ggf. vorhandenen spezifischen Vorschriften der Länder (z.B. Technische Regeln M 20 der LAGA o.ä. Vorgaben) sowie ggf. vorhandenen genehmigungsrechtlichen Auflagen entsprechen.

Für alle zugelieferten mineralischen Materialien ist die Umweltverträglichkeit durch eine aktuelle chemische Analytik (nicht älter als 6 Monate) nachzuweisen. Die Analytik ist nach den im jeweiligen Bundesland geltenden Vorschriften bzw. Regeln von einem akkreditierten Labor durchzuführen. Für Materialien, die einer regelmäßigen Güteüberwachung unterliegen, genügt die Vorlage der entsprechenden Überwachungszertifikate des Herstellers.

Für den Nachweis der Umweltverträglichkeit von Neuschotter oder Recyclingschotter sowie PSS / FSS sind zusätzlich folgende Anforderungen einzuhalten:

- Altschotterrichtlinie (RIL 880.4010 „Bautechnik; Verwertung von Altschotter“) i.V.m. der TM 2012-049
- DB-Standard DBS 918061 „Technische Lieferbedingungen Gleisschotter“
- DB-Standard DBS 918062 „Technische Lieferbedingungen, Korngemische für Trag- und Schutzschichten zur Herstellung von Eisenbahnfahrwegen.

Der AN hat für fremdelieferte mineralischen Materialien auch die notwendigen geotechnischen Untersuchungen, wie z.B. Verdichtungsfähigkeit, Verformungsmodul und Wasserdurchlässigkeit durchzuführen. Der AG behält sich vor, bei fehlender Akkreditierung des Probennehmers bzw. des Labors eine bodenphysikalische Beurteilung durch ein akkreditiertes Labor abzufordern.

Der AN hat auf der Basis der nachgewiesenen bodenphysikalischen und ggf. schadstoffmäßigen / chemischen Eignung vor dem Einbau von mineralischem Material die Zustimmung des AG einzuholen. Das Zustimmungsverlangen des AN muss spätestens 14 Arbeitstage vor dem geplanten Einbau an den AG gerichtet werden und erfordert die Übergabe der o.g. Unterlagen.

Der AN hat die laufende Übereinstimmung des eingebauten Materials mit den beschriebenen Qualitätsanforderungen zu gewährleisten. Der AG behält sich stichprobenartige Kontrolluntersuchungen vor.

Bei Nichteignung ist das Material vom AN ordnungsgemäß und für den AG kostenfrei zu entsorgen.

0.2.15 Abfallmanagement von Bau- und Abbruchabfällen

Kommentiert [SD54]: Ggfs. anpassen auf Rückbau BÜ

0.2.15.1 Allgemeine Pflichten und Leistungen des Auftragnehmers

Der Auftragnehmer richtet seine Leistung darauf aus, den Anfall von Bau- und Abbruchabfällen im Bauvorhaben zu minimieren, indem er z.B. durch selektiven Bodenabtrag und einen separierenden Rückbau gewährleistet, dass die im Bauvorhaben anfallenden Materialien und Abfälle sortenrein gewonnen und getrennt bereitgestellt werden.

Der AN hat in seiner Ausführungsplanung (z.B. Massenkonzzept) und Baudurchführung, soweit rechtlich zulässig und wirtschaftlich vorteilhaft, die vorrangige Wiederverwendung von Boden und ggf. weiteren Stoffen im Bauvorhaben anstelle von Ausbau und Entsorgung umzusetzen.

Nach Zuschlagserteilung hat der AN entsprechend frühzeitig mit den erforderlichen bodenphysikalischen Untersuchungen, soweit möglich unter Verwendung von Rückstellproben des AG, zu beginnen, um die Möglichkeiten zur Wiederverwendung des Materials abzuklären.

Beim Antreffen von bisher nicht bekannten Bodenverunreinigungen und Altablagerungen ist der AN verpflichtet, die Bauarbeiten unverzüglich zu unterbrechen. Der betreffende Bereich ist zu sichern und es sind der Projektleiter, die BÜ und die umweltfachliche Bauüberwachung (UBÜ) des Auftraggebers zu informieren.

Sach- und Fachkundenachweise

Der Auftragnehmer hat vor Ort auf der Baustelle einen Abfallverantwortlichen (i.S.d. § 59 KrWG) mit der Qualifikation eines Abfallbeauftragten / Fachbauleiters zu stellen (vgl. entspr. LV-Position).

Der Abfallverantwortliche muss über einen Sachkundenachweis für die Probenahme fester Abfälle gemäß LAGA PN98 verfügen.

Sofern der AN vom AG mit der Durchführung von chemischen Untersuchungen / Deklarationsanalysen beauftragt wird, hat er für Probenahme, Analytik und Gutachtenerstellung ausschließlich nach DIN EN ISO / IEC 17025 zertifizierte bzw. durch eine zugelassene Akkreditierungsstelle akkreditierte Nachauftragnehmer einzusetzen.

Der Auftragnehmer hat dem AG die für diese Tätigkeiten vorgesehenen Nachunternehmer unmittelbar nach Auftragserteilung, spätestens jedoch mit Entsorgungskonzept AN, namentlich und unter Vorlage der notwendigen Fach- und Sachkundenachweise bzw. Zertifikate zu benennen.

Entsorgungskonzept AN

Über den ausgeschriebenen Analysenumfang hinaus erforderliche Parameter für die Abfalldeklaration sind mit Übergabe des Entsorgungskonzepts AN anzuzeigen und durch den AG zu genehmigen. Über die vom AG genehmigten Parameter hinausgehenden Änderungen bzw. nachträgliche Änderungen auf Verlangen des AN werden nicht berücksichtigt und gehen zu seinen Lasten.

Das Vorliegen eines bestätigten Entsorgungskonzeptes ist Voraussetzung für jegliche Wiedereinbau- oder Entsorgungsmaßnahmen.

0.2.15.2 Definition Abfallerzeuger und Abfallbesitzer

Abfallerzeuger gemäß KrWG § 3 Abs. 8 ist:	DB Netz AG, Region Hannover, Projektbezeichnung Rückbau BÜ Siemensstraße 1740 km 30,511, Projektnr.: G.016128381 Vertragsabwickelnde Stelle gem. Bauvertrag
Abfallbesitzer gemäß KrWG § 3 Abs. 9 ist:	der Auftragnehmer (AN)

Der Abfallerzeuger ist für die Bau- und Abbruchabfälle, die unmittelbar aus der Baumaßnahme stammen (z.B. Oberbaumaterial, Bodenaushub, Bauschutt, Kabel, Schrott), rechtlich verantwortlich. Der Auftragnehmer wird für diese Abfälle Abfallbesitzer. Er wird vom Abfallerzeuger mit der Wahrnehmung bestimmter Aufgaben des Abfallerzeugers beauftragt.

Die im Vorhaben anfallenden Bau- und Abbruchabfälle sind vom AN ordnungsgemäß (rechtskonform) und schadlos unter Einhaltung aller im Bauvertrag enthaltenen Vorgaben zu entsorgen, hierfür haftet der AN dem AG. Die Abfallerzeuereigenschaft und das Eigentum der DB / DB Netz AG an den Bau- und Abbruchabfällen des Bauvorhabens endet mit der Entsorgung.

Der AN stellt sicher, dass die von Ihm mit dem Transport und der Entsorgung beauftragten Nachunternehmer zuverlässig, fachlich geeignet und rechtlich befugt sind, daher hat der AN für die Beförderung der Bauabfälle nur zugelassene Transporteure und für deren Entsorgung nur zertifizierte Entsorgungsfachbetriebe zu binden. Entsprechende Unterlagen sind unmittelbar nach Auftragserteilung, spätestens mit dem Entsorgungskonzept AN, an den AG zu übergeben.

Der AN hat den AG unverzüglich über geänderte Annahmekriterien von Entsorgungsanlagen, den vorgesehenen Wechsel des Entsorgers bzw. der Entsorgungsanlage sowie über Abstimmungs- / Genehmigungserfordernisse mit den zuständigen Behörden zu informieren. Abstimmungen mit den Behörden erfolgen ausschließlich durch den AG.

Der AN ist Abfallerzeuger und Abfallbesitzer gemäß §3 Abs. 8+9 KrWG für die Abfälle, die er u.a. durch Lieferungen sowie den Betrieb und die Unterhaltung der Baustelleneinrichtung erzeugt (z.B.

Verbaumaterialien, Material zur Erstellung von Baustraßen, Verpackungen). Diese Abfälle sind von ihm selbständig und separat von den Abfällen des AG gemäß den einschlägigen Rechtsvorschriften zu entsorgen und werden nicht gesondert vergütet. Auf Anforderung sind dem AG Verbleibsnachweise für diese Abfälle in Kopie zu übergeben.

0.2.15.3 Betrieb von Baustelleneinrichtungs- und Bereitstellungsflächen für Abfälle

Der AN hat für alle vom AG zur Verfügung gestellten Baustelleneinrichtungs- und Bereitstellungsflächen inklusive Baustellenzufahrten ein Beweissicherungsverfahren nach BBodSchV für den anstehenden Unterboden durchzuführen. Da die BE-Flächen i.d.R. auf dem Unterboden aufbauen, sind die chemischen Bodenuntersuchungen zur Beweissicherung nach dem Abschieben und vor dem Wiederandecken des Oberbodens vorzunehmen.

Sofern der AN zusätzliche Flächen außerhalb der vom AG planfestgestellten BE-Flächen bzw. außerhalb der Baustelle / der Erstreckung der Bau- und Betriebsanweisung (BETRA) zur Bereitstellung oder Aufbereitung nutzen will, hat er selbständig die hierfür notwendigen privatrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Genehmigungen (z.B. gemäß 4. BImSchV) einzuholen und diese dem AG vor der Nutzung nachweisfähig (z.B. Bescheid) vorzulegen.

Der AN hat auch für diese Flächen einschließlich der Zufahrten ein Beweissicherungsverfahren nach BBodSchV durchzuführen.

Sofern der AN auf o.g. baustellenfernen, nicht planfestgestellten Flächen mehr als 100 t nicht gefährliche bzw. mehr als 30 t gefährliche Abfälle bereitstellt (zwischenlagert) oder behandelt oder auf baustellennahen Flächen über einen längeren Zeitraum zwischenlagert oder behandelt, hat er gemäß 4. BImSchV vor Nutzungsbeginn eine Genehmigung der zuständigen Immissionsschutzbehörde zu beantragen.

In Bezug auf die o.g. Flächen hat der AN dem AG auf Anforderung die für ein ggf. erforderliches Planänderungsverfahren beim Eisenbahnbundesamt notwendigen Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

Alle mit den vorgenannten Anforderungen verbundenen Leistungen sind in das Angebot einzurechnen, es erfolgt keine gesonderte Vergütung.

Die für die Bereitstellung von Abfällen und damit der Lagerung von wassergefährdenden Stoffen vorgesehenen Bereitstellungsflächen ohne Planfeststellung bzw. ohne direkten Baustellen-/ BETRA-Bezug sind vom Auftragnehmer in Abstimmung mit dem AG als AwSV – Anlage mit entsprechenden Anforderungen (u.a. Eignungsfeststellung, Anlagendokumentation, Betriebsanweisung, Betriebstagebuch, Überwachungs- und Prüfpflichten) zu betreiben.

0.2.15.4 Leistungen des AN zur Umsetzung der Gewerbeabfallverordnung

Der Auftragnehmer hat die Anforderungen der Gewerbeabfallverordnung (GewAbfV) einzuhalten. Die GewAbfV betrifft diverse nicht gefährliche Siedlungsabfälle (hausmüllähnliche Abfälle) des 20iger AVV-Nummernkreises z.B. Papier, Pappe, Glas sowie folgende nicht gefährlichen Bauabfälle:

- AVV 170101 Beton
- AVV 170102 Ziegel
- AVV 170103 Fliesen u. Keramik
- AVV 170107 gemischter Bauschutt
- AVV 170202 Glas
- AVV 170203 Kunststoff

- AVV 170401 bis 170407 div. Metalle
- AVV 170411 nicht gefährliche Kabel
- AVV 170201 Holz
- AVV 170604 Dämmmaterial
- AVV 170302 Bitumengemische.

Diese Abfälle sind vom AN grundsätzlich getrennt abzubauen, getrennt zu halten bzw. bereit zu stellen, zu befördern sowie vorrangig der Vorbereitung zur Wiederverwendung oder dem Recycling zuzuführen.

Eine Entsorgung von Gemischen der o.g. Abfälle ist unbedingt zu vermeiden.

Sofern Gewerbeabfälle aus den gemäß GewAbfV zulässigen Gründen als Gemische anfallen, sind diese unverzüglich und nachweislich zur Auftrennung in die Teilfraktionen den dafür zugelassenen Aufbereitungsanlagen (Siedlungsabfälle) bzw. Vorbehandlungsanlagen (Bauabfälle) zuzuführen.

Ist eine Abfalltrennung oder Aufbereitung technisch nicht möglich oder wirtschaftlich nicht zumutbar, sind die Gemische möglichst hochwertig zu verwerten, ist auch dies nicht möglich, sind die Gemische ordnungsgemäß und gemeinwohlverträglich zu beseitigen.

Als Nachweise über die Getrennthaltung, die abweichend erforderliche Vorbehandlung / Aufbereitung oder die abweichend erforderliche schadlose, hochwertige sonstige Verwertung hat der Auftragnehmer dem AG geeignete Dokumente, wie z.B. Haufwerkslagepläne, Probenahmeprotokolle einschließlich Fotodokumentation zu übergeben. In den Unterlagen sind die Abweichungen von den Vorgaben der GewAbfV unter Verwendung der Kategorien der GewAbfV nachvollziehbar zu dokumentieren und zu begründen, die Dokumente sind von der BÜ zu bestätigen und mit den zur Freigabe der Entsorgung der Gemische durch den AG eingereichten Entsorgungsnachweisen zu übermitteln und im eANV / e-Akte zu hinterlegen.

0.2.15.5 Systematik der zu vergebenden Entsorgungsleistungen für mineralische Bau- und Abbruchabfälle

Es werden die zu erbringenden Entsorgungsleistungen von mineralischen Bau- und Abbruchabfällen (MBA) zur Verwertung auf Grundlage der Zuordnungswerte LAGA M 20 ausgeschrieben. Diese Regelung betrifft folgende Abfallarten und Einstufungen:

Abfallbezeichnung	Abfallschlüssel AVV	Einstufung nach LAGA M 20
Boden	17 05 04	LAGA Z0, Z1.1, Z1.2, Z2
Gleisschotter	17 05 08	LAGA Z0, Z1.1, Z1.2, Z2
Beton(bruch)	17 01 01	LAGA Z0, Z1.1, Z1.2, Z2
Ziegel	17 01 02	
Fliesen und Keramik	17 01 03	
Gemische aus Beton, Ziegeln, Fliesen und Keramik mit Ausnahme derjenigen, die unter 170106 fallen	17 01 07	

Die vereinbarte Leistungsbeschreibung und Vergütung stellen die vertragliche und abfallrechtliche Grundlage für die Erbringung der vereinbarten Entsorgungs- und Transportleistungen und ggf.

Analytikleistungen des Auftragnehmers dar. Der AN hat dies bei der Vertragsgestaltung mit den von ihm gebundenen Aufbereitungs- und Verwertungsanlagen und Beförderern zu berücksichtigen.

Der AN hat alle mineralischen Bau- und Abbruchabfälle (MBA) je Haufwerk / Ausbaurubatur gemäß EBV untersuchen und einzustufen, um diese den entsprechenden Entsorgungspositionen im LV des Bauvertrages zuordnen zu können.

Hat der AN mit den von ihm gebundenen Aufbereitungs- und Verwertungsanlagen Untersuchungen/Einstufungen nach anderen Vorschriften, z.B. nach EBV oder BBodSchV vereinbart, hat er diese Leistungen in sein Angebot einzukalkulieren, es erfolgt keine gesonderte Vergütung. Plant der AN die direkte Verwertung von Bodenmaterial in einem technischen Bauwerk, ist die dazu erforderliche EBV-Analytik ebenso in sein Angebot einzukalkulieren.

Der AG wird die mineralischen Bau- und Abbruchabfälle (MBA) je Haufwerk / Ausbaurubatur gemäß EBV untersuchen und klassifizieren lassen, um diese den entsprechenden Entsorgungspositionen des Bauvertrages zuordnen zu können.

Plant der AN die direkte Verwertung von Bodenmaterial in einem technischen Bauwerk außerhalb dieses Bauvorhabens, ist die dazu erforderliche EBV-Analytik ebenso in sein Angebot einzukalkulieren.

0.2.15.6 Umgang mit Rückbau- und Abbruchabfällen

Die vom AN durchzuführenden Rückbau- und Abbrucharbeiten umfassen den Rückbau der vollständigen ober- und unterirdischen Bauwerkssubstanz, die Entkernung und Demontage der diversen, ggf. schadstoffhaltigen Baustoffe, Einrichtungsgegenstände, Installationen und Anlagen, den Transport und die fachgerechte Entsorgung aller anfallenden Abfälle und ggf. die Verfüllung der Baugruben mit unbelastetem Bodenaushub.

Im Vorfeld der Rückbauarbeiten hat der AN zusammen mit dem Fachgutachter des AG bzw. mit der Bauüberwachung vor Ort eine Bestandsaufnahme der abzubrechenden Bausubstanz vorzunehmen, insbesondere wenn diese noch nicht auf ihre Zusammensetzung und mögliche Schadstoffbelastung untersucht wurde. Auffällige Bauteile mit Schadstoffverdacht, z.B. Öl- und Schmierstoffverunreinigungen, Teer- oder Bitumenanstriche, sind farblich zu kennzeichnen. Anschließend hat der Auftragnehmer Bau die erforderlichen Rückbau- und Abbrucharbeiten detailliert im Entsorgungskonzept zu beschreiben, vom AG übergebene Gutachten und chemische Analysen sind zu berücksichtigen.

Vor dem eigentlichen Abbruch sind alle schadstoffhaltigen bzw. entsorgungsaufwendigen Materialien aus dem Bauwerk auszubauen und getrennt zur Entsorgung bereitzustellen. Anschließend ist der verbleibende Rohbau abzubrechen und sortenrein zur Entsorgung bereitzustellen.

Alle Aufwendungen für die vorgenannten Sachverhalte sind in das Angebot einzurechnen, es erfolgt keine gesonderte Vergütung.

Werden beim Rückbau der baulichen Anlagen zuvor unentdeckte, auffällige Bauteile mit Schadstoffverdacht (kontaminierte Baustoffe) vorgefunden, sind die Bauarbeiten unverzüglich zu unterbrechen, die betreffende Baustelle zu sichern und die Bauüberwachung sowie der für Umweltschutzbelange verantwortliche Mitarbeiter unverzüglich zu informieren.

0.2.15.7 Umgang mit LST- und TK-Reststoffen sowie Schrott

Die Wiederverwendung bzw. Verschrottung/Verkauf von nicht wieder verwendungsfähigen Eisen-, Stahl- und NE- Recyclingmaterial sowie LST- und Telekommunikations-Restbaustoffen erfolgt durch

den AG, die genannten Restbaustoffe verbleiben bis zum ordnungsgemäßen Abschluss der Entsorgung in dessen Eigentum.

Der AN hat den Anfall dieser Materialien unter Angabe von Art, Menge, Größe und Anfallort 4 Wochen vor dem geplanten Ausbau schriftlich beim AG anzuzeigen. Die Aufwendungen hierfür sind einzukalkulieren und werden nicht gesondert vergütet.

Zur Wiederverwendung bzw. Verschrottung/Verkauf vorgesehene Material ist durch den AN auf den zugewiesenen Bereitstellungsflächen bereitzustellen, von diesen Flächen erfolgt die Übernahme dieser Materialien durch einen vom AG benannten Empfänger.

Vom AN ist der Verbleib aller Restbaustoffe in einer Tabelle gesondert nach Bauabschnitten zu dokumentieren. Für die LST-Reststoffe sind die betreffenden Listen gemäß Handlungsanweisung des AG im Rahmen der zugehörigen PT1 Planung zu erstellen. Die Aufwendungen hierfür sind einzukalkulieren und werden nicht gesondert vergütet.

0.2.15.8 Haufwerksbildung und Bereitstellung

Materialien zum Wiedereinbau bzw. Bauabfälle zur Entsorgung sind in sortenreinen Haufwerken aufzuhalten und bis zu einem Volumen von 1000 m³ ordnungsgemäß bereitzustellen.

Dazu sind die anfallenden Materialien bzw. Bauabfälle nach ihrer zu erwartenden Belastung zu trennen. Unter Umständen ist die Bildung mehrerer Haufwerke auch bei geringen Aushub- oder Abbruchkubaturen erforderlich.

Die Wahl der Haufwerksstandorte und deren Flächenbedarf hat der AN in eigener Zuständigkeit gemäß seiner Baustellenlogistik nach zeitlichen- und mengenmäßigem Anfall zu ermitteln.

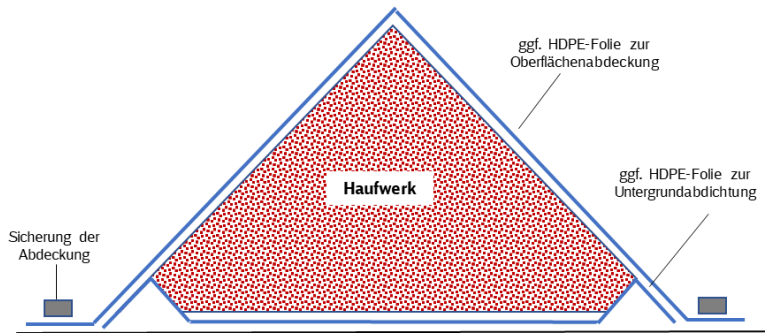
Die Haufwerke sind mit einem wetterfesten Schild, welches die Haufwerksbezeichnung und der Schadstoffklassifizierung angibt, dauerhaft zu kennzeichnen.

Der AN hat die in Haufwerken bereitgestellten Materialien generell so zu sichern, dass Gefährdungen von Schutzgütern durch die Abfälle oder darin enthaltene Schadstoffe ausgeschlossen sind.

Abfälle mit der Einstufung LAGA Z 1.2 bis Z2 bzw. RC 2 und RC 3/ BM 2 und BM3 gemäß EBV sind immer mit einer Oberflächenabdichtung aus mind. 0,4 mm starker reißfester HDPE-Folie gemäß nachfolgender Darstellung, jedoch ohne unterliegende Folie, zu sichern. Das von der Oberflächendichtung anfallende unbelastete Niederschlagswasser ist abzuleiten.

Alle gemäß AVV bzw. Landesrecht als gefährlich eingestuft Abfälle müssen neben der Oberflächenabdichtung eine Untergrundabdichtung mit HDPE-Folie entsprechend der nachfolgenden Abbildung erhalten.

Alternativ zu der beschriebenen Abdeckung mit HDPE-Folie ist die Nutzung eines mit Bitumen oder Beton befestigten / versiegelten Untergrundes einschließlich einer Entwässerung der Fläche möglich.



Systemskizze Sicherung eines Haufwerkes

Für alle Haufwerke hat der Auftragnehmer dem AG folgende Dokumente zu übergeben:

- Aushubprotokoll mit Angaben zu Bezeichnung, Lage, Ortsbeschreibung (Damm, Strecke, Bauwerk usw.), Materialart sowie Art und geschätzter Anteil von Fremdstoffen (Schotter, Bauschutt, Wurzeln etc.), Auffälligkeiten (Färbung, Geruch usw.),
- Fotodokumentation,
- Lageplan der Haufwerke mit Angabe der Bezeichnung, Materialart und Menge,
- Mengenermittlung (durch AN im Beisein der BÜW oder des Fachgutachters des ANs vorzunehmen).

Die zuvor beschriebenen Leistungen sind bei der Kalkulation zu berücksichtigen und werden nicht gesondert vergütet.

0.2.15.9 Deklarationsanalytik

Die Deklarationsanalytik wird durch den AG beigestellt. Der AN hat dazu die Durchführung jeder einzelnen baubegleitenden Analyse für alle im Bauvorhaben anfallenden Materialien einschließlich Altschotter jeweils 21 Kalendertage vorher über den AG zu veranlassen. Der AN hat dies in seinem Bauablauf zu berücksichtigen und einzukalkulieren.

Eine Beprobung mineralischer Stoffe im eingebauten Zustand (in situ) und ein direkter Aushub und eine Abfuhr ist nur nach schriftlicher Zustimmung des AG zulässig. Der Ausbau der Materialien hat unter kontinuierlicher Begleitung durch die Fachbauüberwachung Abfall und den Abfallverantwortlichen des AN zu erfolgen.

Für die chemische Untersuchung von Altschotter bzw. seiner Kornfraktionen ist zusätzlich die Altschotterrichtlinie RIL 880.4010 „Bautechnik; Verwertung von Altschotter“ zu berücksichtigen (z.B. Siebschnitt bei 31,5 mm, keine Hochrechnung der Ergebnisse der Feinfraktion auf die Gesamtfraktion). Der Untersuchungsumfang und die Bewertungsgrundlagen für Altschotter sind mit dem AG abzustimmen.

0.2.15.10 Elektronische Nachweisführung über die Entsorgung von Abfällen

Das Nachweisverfahren besteht grundsätzlich aus der Vorabkontrolle der Zulässigkeit des Entsorgungsweges (Entsorgungsgenehmigung) und der Verbleibskontrolle über die ordnungsgemäß durchgeführte Entsorgung (Verbleibsnachweis).

Für alle im Bauvorhaben anfallenden gefährlichen und nicht gefährlichen Bau- und Abbruchabfälle ist eine Nachweisführung über die Entsorgung im elektronischen Abfallnachweisverfahren (eANV) zu gewährleisten.

Der AN, dessen Abfallverantwortlicher und die von ihm beauftragten Nachunternehmer sowie Abfallbeförderer und Entsorger haben aktiv an der Vorbereitung und Durchführung des Nachweisverfahrens im eANV mitzuwirken.

0.2.15.10.1 Technische Voraussetzungen für das elektronische Abfall-Nachweis-Verfahren

Vom Auftragnehmer sind folgende eANV - Zugänge und anwendungsbereite Geräteausstattungen für den Abfallbeauftragten / Bevollmächtigten des AN und die Beförderer auf der Baustelle zur Verfügung zu stellen. Die Ausstattung und die Zugänge sind im Entsorgungskonzept des AN zu dokumentieren:

- Gebräuchliche Computerhardware inkl. DSL-Verbindung (Internet) oder gleichwertig
- Abfallerfassungssoftware inklusive eigenständigem Zugang, kompatibel zur Zentralen Koordinierungsstelle der Länder (ZKS)

Sofern die vom AN beauftragten Beförderer und / oder Entsorger (NAN) nicht am elektronischen Nachweisverfahren über nicht gefährliche Abfälle mitwirken, hat sich der AN entweder als „Sonstiger Beteiligter“ oder als Bevollmächtigter einen eigenen Zugang zu einem geeigneten eANV-System (Provider) inkl. ZKS-Postfach zu schaffen und zusätzlich folgendes zu gewährleisten:

- Ausstattung und Schulung der örtlichen Mitarbeiter des AN mit persönlichen Signaturkarten nach digitalem Signaturgesetz
- Nachweis der abfallrechtlichen Qualifikation der signaturberechtigten Mitarbeiter

Die DB Netz AG verwendet als eANV-System das Programm „ZEDAL“ der „Abfallmanagement Datenverarbeitungs AG“ Recklinghausen. Zur Vereinfachung der Arbeitsabläufe wird dem AN empfohlen, sich für einen Zugang zur ZEDAL - Portallösung anzumelden.

0.2.15.10.2 Vorab- und Verbleibskontrolle für gefährliche Abfälle

Vorabkontrolle

Das Nachweisverfahren für gefährliche Abfälle beinhaltet grundsätzlich eine Beteiligung der zuständigen Abfallbehörde im Wege der behördlichen Bestätigung bzw. Kenntnisnahme des Entsorgungsnachweises.

Der EN für gefährliche Abfälle besteht im eANV aus folgenden Dokumenten:

- Deckblatt des Entsorgungsnachweises (DEN)
- Verantwortliche Erklärung des Abfallerzeugers (VE)
- Untersuchungsbericht / Deklarationsanalyse (DA) in Dateiform

- ggf. Ergänzendes Formblatt für die Beauftragung / Bevollmächtigung / Andienung (EGF)
- Annahmeerklärung des Entsorgers (AE) und
- behördliche Bestätigung (Genehmigung) der für die Entsorgungsanlage zuständigen Abfallbehörde (BB).

Der AN hat dem AG mindestens 4 Wochen vor dem geplanten Entsorgungstermin mitzuteilen, dass ein Entsorgungsnachweis für die Entsorgung gefährlicher Abfälle oder von POP-Abfällen benötigt wird und dazu folgende Dokumente vorzulegen bzw. im eANV einzustellen:

- die Deklarationsanalysen mit gutachterlichem Bericht und Probenahmeprotokoll
- die Anlagengenehmigungen, z.B. Entsorgungsfachbetriebszertifikat oder BImSch-Genehmigung der vorgesehenen Entsorgungsanlagen,
- das EFB-Zertifikat bzw. die Beförderungserlaubnis des Beförderers nach § 54 KrWG für die Beförderung von gefährlichem Abfall

Durch den AG wird anschließend der elektronische Entsorgungsnachweis im eANV erstellt. Der AG beauftragt den AN durch Ausfüllen des sog. Ergänzendes Formblatts (EGF) mit der Gebührenübernahme für das Genehmigungs- / Andienungsverfahren für die durch den AN zu entsorgenden Abfälle. Dazu hat der AN das EGF vor dem AG elektronisch zu signieren.

Nach Vorliegen aller Dokumente signiert der AG die Verantwortliche Erklärung (VE) und übermittelt diese elektronisch an den vom AN benannten Entsorger. Dieser füllt die Annahmeerklärung (AE) aus und signiert diese, anschließend erfolgt die elektronische Übermittlung an die Behörde zur Genehmigung (Grundverfahren) bzw. zur Kenntnis (privilegiertes Verfahren).

Die Nutzung von Sammelentsorgungsnachweisen für gefährliche Abfälle und für POP-Abfälle durch den AN ist nur nach schriftlicher Zustimmung des zuständigen Teamleiters Umweltschutz zulässig.

Verbleibskontrolle

Der AN hat beim verantwortlichen Bauüberwacher rechtzeitig seinen Bedarf an Transportdokumenten (BS, ÜS) anzumelden und die behördliche Nummer des Beförderers mitzuteilen (Voraussetzung für die elektronische Dokumentenübermittlung).

Anschließend erstellt die zuständige BÜW in Abstimmung mit dem AG das elektronische Mustertransportdokument und generiert daraus die benötigte Anzahl von elektronischen Begleitscheinen und signiert diese.

Die im Auftrag des AN tätigen Abfallbeförderer haben die Transportdokumente bei Abfallübernahme auf der Baustelle elektronisch zu signieren.

0.2.15.10.3 Vorab- und Verbleibskontrolle für nicht gefährliche Abfälle

Vorabkontrolle

Der Entsorgungsnachweis über die Entsorgung nicht gefährlicher Abfälle im eANV besteht aus den gleichen Dokumenten wie der EN für gefährliche Abfälle, ausgenommen das Ergänzende Formblatt (EGF) und die Behördliche Bestätigung (BB).

Zur Vorbereitung der Entsorgung nicht gefährlicher Abfälle hat der AN folgende Dokumente vorzulegen bzw. im eANV einzustellen:

- die Anlagengenehmigungen (Entsorgungsfachbetriebszertifikat / BlmSch-Genehmigung) der vorgesehenen Entsorgungsanlagen und
- das EFB-Zertifikat bzw. die Anzeige des Beförderers nach § 53 KrWG bzw. für die Beförderung von ngA
- Untersuchungsbericht / Deklarationsanalyse (DA) in Dateiform

und zur Vervollständigung und Signatur an den AG elektronisch zu übermitteln.

Auf Basis dieser Angaben erstellt der AG den Vereinfachten Entsorgungsnachweis im eANV, signiert die VE und leitet den Vereinfachten Entsorgungsnachweis an den vom AN beauftragten Entsorger weiter. Der Entsorger erstellt und signiert die Annahmeerklärung, damit ist der VN vollständig.

Nimmt der Entsorger nicht am elektronischen Nachweisverfahren für nicht gefährliche Abfälle teil, hat der Auftragnehmer die vom Entsorger unterschriebene Annahmeerklärung einzuholen und dem AG zu übermitteln bzw. der vorausgefüllten AE als Anhang beizufügen (sofern der AN mit der Erstellung des VN beauftragt ist). In jedem Fall wird die Annahmeerklärung vom AG mit folgendem Zusatz signiert: „ENT nimmt nicht am eANV für ngA teil, AE wird als Datei beigefügt. Signiert für den ENT: DBxy, siehe Original-AE im Anhang.“

Sofern der AN nicht gefährlichen Bodenaushub zur Verwertung in gesonderte Maßnahmen z.B. in andere Baustellen oder landwirtschaftliche Flächen verbringen will, hat er für die Vorabkontrolle einen Vereinfachten Entsorgungsnachweis (VN) zu verwenden und als Anhang die aktuelle Einbaugenehmigung der zuständigen Bodenschutzbehörde für das Material beizufügen. Die Verbleibskontrolle erfolgt mittels elektronischem Registerbeleg (ZEDAL).

Verbleibskontrolle

Für die elektronische Verbleibskontrolle für nicht gefährliche Abfälle (ngA) sind Registerbelege (RB) zu verwenden. Der AN hat beim verantwortlichen Bauüberwacher seinen Bedarf an RB rechtzeitig anzumelden und die behördliche Nummer des Beförderers mitzuteilen (Voraussetzung für die elektronische Dokumentenübermittlung).

Anschließend erstellt die zuständige BÜW in Abstimmung mit dem AG das Mustertransportdokument (Registerbeleg), generiert daraus die benötigte Anzahl elektronischer Registerbelege und signiert diese.

Sofern die beauftragten Beförderer und / oder Entsorger nicht an der elektronischen Verbleibskontrolle für nicht gefährliche Abfälle teilnehmen, hat der AN die entsorgten Abfallmengen auf der Grundlage vorliegender Lieferscheine / Wiegenoten in der Spalte des Beförderers und Entsorgers der verwendeten Registerbelege zu erfassen und diese in der Rolle des Entsorgers qualifiziert zu signieren.

Für die ordnungsgemäße Verbleibsdokumentation der entsorgten ngA ist es ausreichend, wenn der Entsorger durch Signieren der RB im eANV-System die Entgegennahme des Abfalls bestätigt. Eine elektronische Signatur des Beförderers ist nicht erforderlich.

Als direkter Nachweis für die erfolgte Abfallübernahme auf der Baustelle hat der AN die von ihm beauftragten Beförderer zu veranlassen, die erforderlichen Registerbelege als Papiausdruck zur Abfallübernahme auf die Baustelle mitzubringen, darauf die Übernahme zu quittieren und den unterschriebenen RB-Ausdruck der BÜW zu übergeben.

Auf den Verbleibsnachweisen bzw. entsprechenden Zusatzdokumenten hat der AN auch die Dokumentationsanforderungen gemäß der Gewerbeabfallverordnung niederzulegen.

0.2.15.10.4 Anzeige- u. Dokumentationspflichten gemäß Ersatzbaustoffverordnung

Soweit der AN bauvertraglich mit der Erstellung der obligatorischen Einbaudokumentation und ggf. erforderlichen Vor- und Abschlussanzeigen für den MEB-Einbau nach EBV beauftragt ist, hat er die für den Einbau von MEB in technische Bauwerke der DB oder den Einbau von nicht aufbereitetem Bodenmaterial in Bauwerke von Dritten notwendigen elektronischen Dokumente, z.B. Lieferscheine und je nach Beauftragung weitere Dokumente, im System ZEDAL elektronisch zu erstellen bzw. zu vervollständigen, und ggf. auch erforderliche Vor- und Abschlussanzeigen bei den zuständigen Behörden zu tätigen.

Die Erstellung des Deckblattes oder der Voranzeige erfolgt grundsätzlich erst nach AG-seitiger Freigabe des vom AN beantragten MEB-Einbaus.

Für jede angelieferte Charge eines MEB, die in eine technische Bauweise eines Bauwerkes eingebaut wird, ist ein separater elektronischer Lieferschein zu erstellen. Als zusammenfassendes Dokument für jeden Satz gleichartiger Lieferscheine hat der AN ein elektronisches Deckblatt im ZEDAL zu befüllen bzw. zu erstellen. Sofern für den MEB-Einbau eine Vor- und Abschlussanzeige erforderlich wird, ersetzen diese das Deckblatt. Der Muster-Lieferschein und die Einzellieferscheine werden aus der Voranzeige generiert.

Abhängig vom Bauvertrag obliegen dem AN ggf. weitere Meld- und Übergabpflichten gegenüber von Behörden, dem AG oder Dritten.

0.2.15.11 Abrechnung von Entsorgungsleistungen

Für die Abrechnung von Entsorgungsleistungen sind dem AG die folgenden Unterlagen unaufgefordert vorzulegen:

- Abfallrechtliche Verbleibsnachweise wie beschrieben (Kopien ausreichend)
- Wiegescheine aus Nettoverwägung auf geeichter, stationärer Waage
- Mengennachweis auf der Baustelle (jeweils alternativ):
 - Volumenermittlung von Haufwerken,
 - Volumenermittlung Baugrube,
 - Nettoverwiegung auf der Baustelle,
 - Zählprotokoll.

Auf die Regelungen zu Ziff. 20.2 ff der ZVB-DB wird hierbei nochmals hingewiesen.

0.2.15.12 Beförderungserlaubnis / Transportgenehmigungen

Für die Beförderung von gefährlichen Abfällen über öffentliche Verkehrswege zur Bereitstellungsfläche oder zur Entsorgungsanlage benötigt der Abfallbeförderer eine Beförderungserlaubnis nach § 54 KrWG bzw. der Beförderungserlaubnisverordnung (BefErLV; ersetzt TgV). Hiervon ausgenommen sind öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger oder Entsorgungsfachbetriebe, soweit sie für diese Tätigkeit zertifiziert sind.

Die mit dem Transport gefährlicher Abfälle befassten Beförderer müssen für den Leistungszeitraum über eine Zertifizierung zum Entsorgungsfachbetrieb nach § 56 und 57 KrWG bzw. über eine vergleichbare europäische Qualifizierung (Einhaltung der Anforderungen der Entsorgungsfachbetriebeverordnung (EfBV)) oder über eine Transporterlaubnis nach § 54 KrWG verfügen.

Für den Transport von nicht gefährlichen Abfällen müssen die Beförderer für den Leistungszeitraum eine Anzeige gemäß § 53 KrWG an die zuständige Behörde vorgenommen haben.
Alle zur Beförderung von Abfällen vorgesehenen Fahrzeuge sind mit zwei A-Tafeln zu kennzeichnen, dies gilt auch für Entsorgungsbetriebe.
Erlaubnis (gA) bzw. Anzeige (ngA) sind jeweils vom Beförderer auf dem Fahrzeug mitzuführen.

Beim Transport gefährlicher Abfälle sind zusätzlich folgende Unterlagen mitzuführen:

- Ausdruck des Begleitscheins mit allen Datenangaben (Auskunfts-fähigkeit),
- bei verspäteter Signatur des Beförderers: Vereinbarung gem. § 19 Abs. 2 NachwV.

0.2.16 bleibt frei

Kommentiert [SD55]: Laut Vorlage aus „Spezifische Baubeschreibung Oberbau“ ist dieses Kapitel „Materialbeistellung durch Auftraggeber“

0.2.17 bleibt frei

Kommentiert [SD56]: Laut Vorlage aus „Spezifische Baubeschreibung Oberbau“ ist dieses Kapitel „Materialliefer- und Abfuhrplan“

0.2.18 Leistungen für andere Unternehmer Entfällt.

0.2.19 Zusammenwirken mit anderen Unternehmern

Kommentiert [SD57]: Ggfs. anpassen auf Rückbau BÜ

Die Abwicklung der Bauleistungen erfolgt unter Anwendung der Lean-Construction-Grundsätze, insbesondere Offenheit und Transparenz der einzelnen Unternehmer und Gewerke untereinander. Der AN hat an Besprechungen z.B. im Rahmen der Last-Planner-Methodik / kooperative Phasenplanung mitzuwirken.

Im Rahmen der nach den Vertragsunterlagen vorgesehenen bauseitigen Koordination hat der AN Mitwirkungsleistungen zur Sicherstellung des vorausschauenden Schnittstellenmanagements in Bezug auf die Ausführung der übrigen an der Gesamtmaßnahme beteiligten Unternehmer aktiv wahrzunehmen. Hierzu hat er sich mit dem Auftraggeber abzustimmen und mitzuwirken, insbesondere bei Maßnahmen die Leistungen anderer Auftragnehmer als Vorleistung erfordern oder nachfolgende Leistungen beeinflussen.

Die Koordination der an der Ausführung beteiligten Unternehmer und die Ausübung aller im Zusammenhang stehenden Erklärungen und Anordnungen bleiben ausschließlich dem AG vorbehalten.

Die Aufwendungen, für die im Rahmen des Vertrages vorgesehene Mitwirkung des AN bei der auftraggeberseitigen Koordination sind als Nebenleistung in die Einheitspreise einzukalkulieren und werden nicht gesondert vergütet.

Es wird besonders darauf hingewiesen, dass der AN seine Aktivitäten bei der Errichtung der Stützwände mit den Aktivitäten des AN Verkehrsanlage abzustimmen hat.

0.2.20 bleibt frei

0.2.21 bleibt frei

0.2.22 bleibt frei

0.2.23 DB-spezifische Angaben

Besonderheiten der Regelung und Sicherung der Beschäftigten vor den Gefahren des Eisenbahnbetriebs:

Außerhalb der Sperrzeiten werden keine Arbeiten im Gleis durchgeführt. Während der Bauarbeiten wird eine La-Stelle eingerichtet und zusätzliche feste Absperrungen montiert.

Kommentiert [SD58]: Ggfs. anpassen auf Rückbau BÜ

0.2.24 Ergänzende Ausführungsbestimmungen

In Ergänzung zum entsprechenden Punkt 16.1 „Bauleitung und Stellvertreter“ der BVB:

Der verantwortliche Bauleiter muss über die notwendigen Qualifikationen verfügen. Diese werden regelmäßig unterstellt, wenn die benannte Person ein Ingenieurstudium erfolgreich beendet sowie über eine mindestens fünfjährige Berufserfahrung als Projektleiter bei vergleichbaren Bauvorhaben verfügt.

Vom Bauleiter und Stellvertreter muss während der Ausführung der Arbeiten wenigstens einer ständig auf der Baustelle anwesend sein. Der Bauleiter oder sein Vertreter müssen an Sitzungen teilnehmen. Auf Forderung des AG gilt dieses auch für kurzfristig anberaumte Besprechungen.

Spätestens vier Wochen nach Auftragserteilung hat der Auftragnehmer ein vertrags- und projektbezogenes Organigramm vorzulegen. In diesem sind übersichtlich die wesentlichen Tätigkeitsfelder und das hierfür vorgesehene verantwortliche Personal anzugeben.

Es wird darüber hinaus noch auf die Regelungen zur Qualifikation im Rahmen der Baubegleitenden Qualitätssicherung (BQS) der Anlage 2.8 Qualitätssicherungsregelung hingewiesen.

In Ergänzung zum Punkt 16.1 „Nebenleistungen“ der BVB:

Auf die Verpflichtung des AN zum Säubern des Baubereiches, der Baustraßen und der Zufahrtswege als Nebenleistung wird nochmals hingewiesen.

In Ergänzung zum entsprechenden Punkt 16.3 „Nutzung fremden Geländes“ der BVB:

Der AN hat unaufgefordert, spätestens bis zur Abnahme, die Bescheinigungen gem. den Regelungen der BVB zu diesem Punkt beizubringen.

Notfallplan – Sperrpausen:

Die Einhaltung der Sperrpausen ist für den Auftraggeber von großer Bedeutung, damit die Einschränkungen für die Nutzung des Schienennetzes auf den zwingend erforderlichen Umfang begrenzt werden. Eine Überschreitung durch den Auftragnehmer führt zur Geltendmachung einer Vertragsstrafe gemäß den im Bauvertrag geltenden Regelungen. Soweit die Vertragsunterlagen nichts anderes festlegen, ist der Auftragnehmer frei in der Wahl der Maßnahmen zur Erfüllung seiner bauvertraglichen Leistungspflichten. Um das Risiko für den Eintrittsfall einer Vertragsstrafe zu vermeiden, sollte der Auftragnehmer jedoch vor Ausführung seiner Leistungen in der Sperrpause Planungen für möglicherweise eintretende Notfälle für die Leistungserbringung durchführen und diese

Kommentiert [SD59]: Ggfs. anpassen auf Rückbau BÜ

in einem Notfallplan festhalten. An der alleinigen Verantwortung des Auftragnehmers zur Leistungserbringung ändert dies nichts. Vor diesem Hintergrund wird folgendes vereinbart:

Sicherung von Grundstücksgrenzen gegenüber Dritten:

In Ergänzung zur ausgeschriebenen Leistungsposition gem. MLV-ALI -Grenzsteine sichern- hat der AN unmittelbar zu Baubeginn auf der Baustelle die Grundstücksgrenzen zu Dritten optisch mit farbigen Holzpflocken (sichtbare Höhe ca. 0,5 m) in einem Abstand von max. 20 m bzw. an Eckpunkten zu kennzeichnen. Die Kennzeichnungen sind während der gesamten Bauzeit zu erhalten und ggf. zu erneuern. Im Rahmen der Baustellenräumung sind diese Markierungen wieder zu entfernen.

Absteckung und Vermessung

Der AG übergibt dem AN vor Baubeginn die für die Übertragung der Projekte in die Örtlichkeit erforderlichen vermessungstechnischen Unterlagen:

- Lagefestpunktfeld - es erfolgt eine protokollarische Nutzungsübergabe der in der Örtlichkeit vermarkten Festpunkte mit einer Einweisung im System Soldner Netz 88 mit Netzübersicht, Koordinatenverzeichnis und Festpunktbeschreibungen (Einmessungsfeldbücher),
- amtliches Höhenfestpunktfeld im System NN mit Netzübersicht, Höhenverzeichnis und Festpunktbeschreibungen.

Für die Bauausführung ist für Anlagen, Anlagenteile sowie für Straßen- und Wegeanlagen die Bauvermessung durchzuführen. Die baulichen Anlagen sind nach dem Erfordernis des AN nach übergebenen Hauptpunkten komplett abzustecken (Festpunktfeldverdichtung). Bei den Vermessungsarbeiten sind ggf. vorhandene Landesfestpunkte, Grenzmarken usw. zu sichern (Die Wiederherstellung zerstörter Punkte geht zu Lasten des AN).

Die Übergabe der Dokumentation erfolgt im durch den AG anzugebenden Datenformat.

Die baubegleitende Absteckung aller erforderlichen Punkte nach Lage und Höhe ist Aufgabe des Auftragnehmers.

Die vertragsgemäße Herstellung der baulichen Anlage ist in den einzelnen Bauzuständen eigenverantwortlich nach Lage und Höhe zu prüfen.

Alle Vermessungsleistungen, die zur Realisierung der ausgeschriebenen Leistungen erforderlich sind und sämtliche, damit im Zusammenhang stehende Leistungen, sind Sache des AN.

Die Vermessungsleistungen sind durch einen bei der DB AG zugelassenen bzw. öffentlich bestellten Vermesser auszuführen.

Der AN hat seine Vermessungsarbeiten so rechtzeitig auszuführen, dass eine Nachprüfung ohne Behinderung der Bauarbeiten möglich ist.

Bei der Durchführung von Vermessungsarbeiten sind die Gefahren aus dem Eisenbahnbetrieb, insbesondere die Schutzabstände zu Frei-, Ober- und sonstigen elektrischen Leitungen zu berücksichtigen.

Tief- und Straßenbau

Es gelten sämtliche verbindliche Standards, Arbeits- und Brandschutzanordnungen, sonstige gesetzliche Bestimmungen, Vorschriften und Richtlinien in der jeweils aktuellen Fassung, insbesondere:

- ATV-DWA - Arbeits- und Merkblätter

Vorschriften der DB AG

- Es gelten die Vorschriften der DB AG und der DB Netz AG inkl. der herausgegebenen Baustandards.

Allgemeine Vorschriften

Insbesondere:

- DGUV Vorschrift 78: Arbeiten im Bereich von Gleisen
- DIN 4124 – Baugruben und Gräben - Böschungen, Verbau, Arbeitsraumbreiten
- DIN 18318 – Verkehrswegebauarbeiten – Pflasterdecken und Plattenbeläge ...
- DIN 18 920 Schutz von Bäumen, Pflanzenbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen
- DIN EN 1610 – Verlegung und Prüfung von Abwasserleitungen und –kanälen

0.3 Einzelangaben bei Abweichungen von den ATV

Keine besonderen Anmerkungen.

Kommentiert [SD60]: Ggfs. anpassen auf Rückbau BÜ

0.4 Einzelangaben zu Nebenleistungen und Besonderen Leistungen

0.4.1 Nebenleistungen

Keine besonderen Anmerkungen.

Kommentiert [SD61]: Ggfs. anpassen auf Rückbau BÜ

0.4.2 Besondere Leistungen

Keine besonderen Anmerkungen.

0.5 Technische Bearbeitung

Kommentiert [SD62]: Ggfs. anpassen auf Rückbau BÜ

0.5.1 Ausführungsunterlagen

Seitens des AG werden nur die der Ausschreibung beigefügten Unterlagen übergeben. Der AN hat sämtliche, für die geschuldete Werkleistung erforderlichen Planungsleistungen zu erbringen, insbesondere auch die Ausführungsplanung, statische Berechnung etc., soweit diese nicht ausdrücklich als vom AG geschuldet vorgegeben sind. Die Aufwendungen hierfür sind einzukalkulieren.

Für die Erstellung der AP hat der AN alle Bestandteile dieser Ausschreibung sowie die aus Ortsbesichtigungen resultierenden Erkenntnisse zugrunde zu legen. Ortsbesichtigungen sind vorher dem AG anzuzeigen. Gleichfalls hat der AN alle an der Besichtigung zu Beteiligten selbstständig zu informieren.

Der AN hat die Vollständigkeit der Unterlagen für die AP gem. VV BAU, VV BAU-STE in der jeweils gültigen Fassung zu gewährleisten.

Es sind in der Ausführungsplanung zugelassene Verfahren zu nutzen. Bei Abweichungen ist der AN eigenständig für das zeitgerechte Erwirken der erforderlichen Zulassungen verantwortlich.

Die Prüfung der Planunterlagen wird durch den AG veranlasst.

Mit der AP ist sofort nach der Beauftragung zu beginnen. Der AN ist für die terminliche Abstimmung und die Organisation des Umlaufs der AP gemäß Verfahrensablauf sowie für die rechtzeitige Bereitstellung geprüfter und genehmigter Ausführungsunterlagen hinsichtlich der vereinbarten Bau- und Inbetriebnahme-Termine allein verantwortlich. Insbesondere hat der AN bei der terminlichen Organisation zu berücksichtigen, dass der AG eine Frist für die Genehmigung der AP benötigt.

Die interne Qualitätsprüfung des AN ist in einem Prüfbericht zu dokumentieren.

Auch bei Freigaben durch den AG bleibt der AN für die Vertragsgemäßheit seiner Planung verantwortlich.

Unterlagen, die dem Vertrag und seinen Bestandteilen nicht entsprechen, gibt der AG ungenehmigt zurück. Der AN hat diese Unterlagen zu berichtigen oder zu ergänzen und neu einzureichen. Die hierdurch eintretenden Verzögerungen hat der AN mit allen sich ergebenden Folgen zu vertreten.

0.5.2 Vermessungstechnische Bestandsdokumentation

Die Grundlagen der vermessungstechnischen Bestandsdokumentation sind insbesondere in den Ril 804, 809, 883, 885 und 886 geregelt. Diese umfasst die Aktualisierung der Bahn-Geodaten mittels AVANI zur Erzeugung der Ivl-Bestandspläne (Topographie und ggf. Gleisnetzdaten), die Lichtraumdokumentation, die Überprüfung des Festpunktfeldes und die Überarbeitung der Gleisnetzdaten sowie der Trassen- und Weichenhöhenpläne.

Vor Beginn der Dokumentationsleistungen ist der Umfang der vermessungstechnischen Arbeiten sowie das zu verwendende Lage- und Höhenbezugssystem mit dem Arbeitsgebiet Ingenieurvermessung des AG zwingend abzustimmen.

Gleisvermarkung:

Die Gleisvermarkung ist nach dem Umbau auf Vollständigkeit und Verwendungsfähigkeit zu überprüfen. Vom AN zerstörte oder beschädigte Punkte des übergebenen Festpunktfeldes sind zu ersetzen und nach den Kriterien der Ril 883.2000 / 883.3000 neu zu bestimmen. Die Kosten hierfür trägt der AN.

Festpunktfeld:

Die Lage- und Höhenfestpunkte sind nach dem Umbau auf Vollständigkeit und Verwendungsfähigkeit zu überprüfen. Vom AN zerstörte oder beschädigte Punkte sind gem. Ril 883.2000 auf Kosten des AN zu ersetzen und neu zu bestimmen.

Trassenplan:

Bei Änderungen an der Gleisgeometrie, Geschwindigkeiten, Gleisvermarkungspunkten oder Bauwerken sind neue Trassenpläne zu erstellen.

Gleisnetzdaten:

Bei Änderungen an der Gleisgeometrie (7-Linien Modell) oder an Gleisvermarkungspunkten sind die Gleisnetzdaten im Format Verm.esn (*.tra, *.gra, *.kf) zur gleisgeometrischen Prüfung und im GNDEdit-Format (*.mdb-Schnittstelle zu AVANI) zu liefern.

Topographie:

Es ist ein abschließender Feldvergleich durchzuführen. Veränderungen der Topographie, insbesondere der Signale, Bahnsteige, Schächte, Böschungen, Brücken, Durchlässe sind einzumessen und in AVANI im Abbildungssystem DB_REF einzuarbeiten (AVANI-Job). Diese Leistungen dürfen nur durch Ingenieurbüros mit AVANI-Zugang ausgeführt werden.

Lichtraumdaten:

Es ist eine Lichtraummessung für den erweiterten Lichtraum durchzuführen und das Ergebnis der Auswertung mittels definierter Schnittstelle an die Lichtraumdatenbank zur Aktualisierung zu übergeben. Die Grundlage für die Bestandsdokumentation von Lichtraumdaten bilden die Richtlinien 458, 809, 883 und 885. Informationen zum Themenbereich Lichtraum (u. a. Beschreibung der Schnittstelle) können auf folgender Seite abgerufen werden: <https://ipid.dbnetze.com/start>

0.5.3 Bauwerksdokumentation

Vom AN ist die Übereinstimmung der Bauausführung mit den bauaufsichtlich genehmigten Plänen schriftlich zu bestätigen.

- Als Bestandszeichnungen gelten Ausführungszeichnungen und Berechnungen, die entsprechend dem Prüf- und Genehmigungsverfahren und der Bauausführung berichtigt sind und als „Mit der Ausführung übereinstimmend“ durch AN und AG bzw. deren Vertreter erklärt sind.
- Darüber hinaus sind vom AN Übersichtspläne anzufertigen, die zu Bestandsübersichtsplänen gem. den oben genannten Vorschriften fortzuschreiben sind.
- Die Bauwerksbücher/Bauwerkshefte sind unmittelbar nach Fertigstellung der Bauwerke zur Durchführung der 1. Hauptprüfung vor der VOB-Abnahme vorzulegen.
- Im Bauwerk oder dem Baugrund ggf. verbleibende Baubehelfe und Bauteile sind in den Bestandsplänen darzustellen.
- Es ist eine Abstimmung mit dem Arbeitsgebiet IZ-Plan des AG durchzuführen.
- Durch den AN ist ein Inspektions- und Instandhaltungskonzept aufzustellen.
- Die Übergabe aller vom AN für die Bauakte, Teile I und II beizubringenden Unterlagen an den AG nach der Fertigstellung, dem Herstellen der Funktionsfähigkeit sowie der erfolgreichen Inbetriebnahme der Leistungen des AN ist eine Voraussetzung für die Abnahme (förmliche Abnahme) durch den AG.

Die Aufwendungen für diese Leistungen sind in die LV-Pos. 06.01.0270 einzurechnen.

0.5.4 Bauzeitenplan

In Ergänzung zum entsprechenden Punkt 16.2 der BVB:

Der durch den AN zu erstellende Bauzeitenplan ist dem AG 14 Kalendertage nach Auftragserteilung erstmals vorzulegen.

Der Bauzeitenplan muss mindestens folgende Angaben enthalten:

1. Vorgangsname
2. Vertragsbeginn (Datum)
3. Vertragsende (Datum)
4. Vertragliche Zwischentermine (Datum)
5. Reihenfolge der Leistungen (gem. BVB)
6. Dauer der einzelnen Leistungen
7. Darstellung technisch nachvollziehbarer Abhängigkeiten der vertraglichen Leistungen
8. Sperrpausen sind zuzuordnen und technologisch detailliert darzustellen (Raster 0,5 Stunden)
9. Tägliche Arbeitszeit (Std./AT)
10. Anzahl Schichten pro Arbeitstag (im Notizfeld)

11. Logistik ist technisch nachvollziehbar darzustellen
12. Abnahmezeiten sind zu berücksichtigen und auszuweisen
13. Zeiten für Baustelleneinrichtung und Räumung sind auszuweisen (gem. BVB)
14. Der Planlauf ist gem. den vertraglichen Regelungen auszuweisen und mit ausreichend Vorlauf zu berücksichtigen

Der AN hat den Bauzeitenplan während der Vertragslaufzeit monatlich zu aktualisieren (Soll-Ist-Vergleich) und dem AG zu übergeben.

Der Bauzeitenplan ist als Weg-Zeit-Diagramm und als GANTT-Diagramm zu erstellen. Die Unterlagen sind **5-fach in Papierform** und in digitaler Form zu liefern.

0.5.5 Logistikkonzept

Spätestens vier Wochen nach Auftragserteilung hat der Auftragnehmer erstmals das Logistikkonzept vorzulegen.

Es ist unter Berücksichtigung des vom AN gewählten Bauablaufes, der örtlichen Verhältnisse, der vorgesehenen Flächen und des Bauzeitenplanes (Inhalte gem. Baubeschreibung) aufzustellen.

Das Logistikkonzept muss folgende Struktur aufweisen. Es umfasst die textliche und zeichnerisch nachvollziehbare, auf alle Bauphasen abgestimmte Darstellung.

1. aller benötigten Bau- und Bauhilfsstoffe (nach Art und Menge)
2. aller benötigten Geräte
3. der vorgesehenen Transporttechnologie (z. B. per Schiene, per Straße etc.) sowie der Transportwege zur und von der Baustelle, sowie innerhalb der Baustelle, mit Darstellung der Zwischenlagerung, den Schnittstellen Schiene/Straße, den Einleisstellen, der zeitlichen Abfolge der Transporte und das Aufzeigen der Transportspitzen.
4. des Baustelleneinrichtungsplanes Flächengrenzen der Baustelleneinrichtungs- und Bereitstellungsflächen, Zufahrten, Lagerungsflächen, Montageplätze, Kranaufstellflächen, Wiederaufbereitungsanlagen und Übergabestellen
5. der Notfallpläne bzw. Rückfallebenen für logistische Engstellen

Der AN hat das Logistikkonzept während der Vertragslaufzeit monatlich zu aktualisieren, Änderungen kenntlich zu machen und dem AG zu übergeben. Die Unterlagen sind 5-fach in Papierform und in digitaler Form zu liefern. Der AN benennt dem AG einen für das Logistikkonzept verantwortlichen Mitarbeiter (m/w/d).

0.6 Baubeschreibung

0.6.1 Grunderwerb (bebaute und unbebaute Grundstücke) Entfällt.

Kommentiert [SD63]: Ggfs. anpassen auf Rückbau BÜ. Laut Lageplan keine Beanspruchung von neuem Grunderwerb. Für BÜ prüfen!

0.6.2 Baustelleneinrichtung

BE rechts der Bahn

Die Zufahrt erfolgt innerstädtisch über die B 442 (Ostseite der Bahnanlage) und von dort über die Siemensstraße direkt zum BÜ.

Bahnrechts wird es zwar die oben beschriebene Baustellenzufahrt, jedoch keine BE-Fläche geben.

BE links der Bahn

Die Zufahrt erfolgt innerstädtisch über die Hans-Böckler-Straße (Westseite der Bahnanlage) und von dort über die Siemensstraße direkt zum BÜ.

Kommentiert [SD64]: Ggfs. weiter anpassen auf Rückbau BÜ

Die BE-Fläche soll als Lagerplatz sowie als Aufstellort für Büro-, Sanitär-, und Aufenthaltscontainer verwendet werden.

Die Anordnung und Befestigung der Baustraßen, die Energie- und Wasserversorgung ist Sache des AN. Die BE-Fläche ist generell mit Geotextil und 50 cm dicker Schottertragschicht temporär zu befestigen.

Die BE-Fläche soll umzäunt werden und an der Einfahrt zur BE ist ein Tor zu errichten.

Weiterhin sind Baustromverteiler sowie ein Wasseranschluss für die Baustellenversorgung vorzusehen. Es wird von folgenden Baustelleneinrichtungsgegenständen ausgegangen:

- Bürocontainer 6,00 x 2,50 m (Anzahl nach Wahl des AN)
- Sanitärcontainer 6,00 x 2,50 m (Anzahl nach Wahl des AN)
- Unterkunftscontainer 6,00 x 2,50 m (Anzahl nach Wahl des AN)
- Werkzeugcontainer 6,00 x 2,50 m (Anzahl nach Wahl des AN)
- Schutzzaun mit Tor
- Baustromverteiler
- Wasseranschluss

Kommentiert [SD65]: Auflistung von SÜ übernommen

Für die Belange des AG sind folgende Baustelleneinrichtungsgegenstände vorzusehen:

- Bürocontainer
- Container für Besprechungen (maximal 12 Personen)

0.6.3 Rückbau BÜ

Allgemein

- Rückbau und Entsorgung der Schranken, Lichtzeichen, Andreaskreuze, Überwegbeleuchtung und Fundamente zu beiden Seiten des BÜs
- Rückbau FS 3a-c, FS 13a-c
- Rückbau und Entsorgung der Asphaltflächen zwischen und neben den Gleisen, Herstellen des Regelgleisprofils Bahnhof
- Rückbau und Entsorgung der BÜ-Eindeckung
- Erneuerung TE-Schächte
- Für die Kabel und Leitungen Dritter: Bauzeitliche Sicherung der Kabeltrassen, der Schächte und vorhandener Medien und Leitungen

Kommentiert [SD66]: Bei Bedarf genauere Spezifikationen für Rückbau BÜ einfügen

Linksseitig (westlich)

- Rückbau Betonschaltheus
- Fortführung Metallgitterzaun über die rückgebaute Straße bis zum Fahrdiensteiter-Gebäude
- Rückbau Markierungen Siemensstraße

Kommentiert [SD67]: Entsprechend Richards Kommentar: Herstellung der Grünflächen wurden gestrichen.

Rechtsseitig (östlich)

- Rückbau Zaunstück an der nordöstlichen Ecke des BÜs
- Errichtung eines Zaunes über die rückgebaute Straße
- Rückbau eines Kabeltrogs Gr III i.F. mit entsprechender Straßenüberquerung und Schächte im Bereich des ehemaligen BÜs
- Rückbau Z437, Z 286-10, Z 239, Z1022-10
- Rückbau Siemensstraße

Kommentiert [SD68]: Entsprechend Richards Kommentar: Herstellung der 43 m Grünfläche gestrichen.

Kommentiert [SD69]: Für mich unklar: Die Straße wird ja zurückgebaut. Oder gilt die Überquerung der neuen Grünfläche trotzdem noch als „Straßen“-Überquerung?

Der AN stimmt sich für den Rückbau vorab mit dem Bau-AN ab, um die Arbeiten miteinander zu koordinieren. Die Kontaktdaten zur Baufirma lauten:

Marc Aden, M.Eng. / Bauleiter

GP Papenburg Baugesellschaft mbH

Anderter Straße 99c, 30559 Hannover

Postfach 71 02 50, 30542 Hannover

Tel : +49 (0)511 / 22 88 99-367

Fax : +49 (0)511 / 22 88 99-390

Mob: +49 (0)178 / 3455 631

E-Mail: marc.aden@gp-papenburg.de

Internet: www.gp.ag

0.7 Prüfungen und Abnahmen

Kommentiert [SD70]: Ggfs. anpassen auf Rückbau BÜ

Prüfungen und Abnahmen haben nach geltenden Normen und Vorschriften zu erfolgen. Der AN hat sich jeweils vor Beginn der Ausführung zu vergewissern und dem AG nachzuweisen, dass Stoffe und Bauteile den vertraglichen Anforderungen entsprechen. Für vorgenannte Qualitäts-Sicherungsmaßnahmen hat der AN entsprechende Eigenüberwachungs-Einrichtungen und Maßnahmen vorzusehen und laufend zu betreiben. Die Haftung des AN wird durch etwaige Kontrollprüfungen des AG nicht eingeschränkt. Die Ergebnisse von Prüfungen (Eignungs-, Eigenüberwachungs-Prüfungen, etc.) sind dem AG umgehend nach Vorliegen derselben zu übergeben.

Für Kontrollprüfungen, Teilabnahmen bzw. Abnahmen des AG hat der AN Gerät und Personal zur Verfügung zu stellen. Sind Kontrollprüfungen zeitintensiv, so hat der AN seinen Bauablauf so einzurichten, dass sich diese Prüfungen nicht mehr als nötig zeitlich auswirken.

Dem AG wird unmittelbar nach Durchführung der Prüfung des Bodeneinbaues, spätestens jedoch am folgenden Arbeitstag, eine Ausfertigung der jeweiligen Prüfungsniederschrift ausgehändigt. Bei Prüfungen mit negativem Ergebnis werden die Versuche nach ordnungsgemäßer Durchführung der Leistung wiederholt. Kommt der AN seiner Verpflichtung zur Durchführung der Prüfungen nicht oder nicht vollständig nach, ist der AG berechtigt, ein Labor seiner Wahl mit der Durchführung der Prüfungen auf Kosten des AN zu beauftragen.

Verdichtungen des Hinterfüllungsmaterials und Eigenüberwachung der Verdichtungswerte sind durch den AN nach ZTV-E StB 94 durchzuführen.

Die Abnahme von Gründungssohlen wird vom AG gefordert. Den Antrag auf Abnahme stellt der AN. Abnahmen sind rechtzeitig, mindestens 5 Arbeitstage vorher zu beantragen.

Der AN hat zur Durchführung von Abnahmen und Teilabnahmen die Gerüste, Geräte, Werkzeuge und die nötigen Hilfskräfte ohne besondere Vergütung zur Verfügung zu stellen. Alle erforderlichen Abnahmen von vorgefertigten Bauteilen im Herstellungswerk durch den AG sind zu gewährleisten. Entsprechende Kosten für mindestens 2 Kontrolltermine pro Bauteil á 2 Bauüberwacher des AG ist je Bauteil sind in die Positionen des jeweiligen Bauteils einzurechnen und werden nicht gesondert vergütet.

Bauvorhaben: Rückbau BÜ Siemensstraße 1740 km 30,511
Vergabe-Nr.: XXX
Baubeschreibung/Vorbemerkung



Alle Bauwerke und Bauwerksteile sind zur Abnahme graffitifrei zu übergeben. Vorsorgemaßnahmen sind in die LV-Pos. 06.09.0080 und 06.09.0090 einzukalkulieren und werden nicht gesondert vergütet. Das ggf. erforderliche Entfernen von Graffiti wird ebenfalls mit dieser Position vergütet.